

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Bezugspreis: Einzelheft 25 Pf., monatlich 8.50 RM., ...

Anzeigenpreis: Die achtgeheilte Kompartimentsliste ...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Sonnabend, den 15. Mai 1920. Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Spa nach den Reichstagswahlen.

London, 13. Mai. „Reuter“ erfährt: Es ist ziemlich sicher, daß Lloyd George und Millerand bei den Beratungen in Sythe sich dahin einigen werden, daß die Konferenz in Spa aufgeschoben wird, da es nicht zweckmäßig wäre, wenn die Konferenz mitten in die deutschen Reichstagswahlen fiel und da es für alle Teile vorteilhaft wäre, wenn die deutschen Vertreter auf der Konferenz das Vertrauen des neuen Parlaments genießen.

Wenn die Nordfranzosen das wüßten!

Wofür Deutschland aufkommen soll. Koblenz, 13. Mai. Im Koblenzer Hauptquartier der amerikanischen Besatzungstruppen liegen Meldungen aus Washington vor, wonach Deutschland den Zahlungen der Unterhaltungskosten für die amerikanischen Besatzungstruppen bisher nicht voll entsprochen habe. Der Unterhalt dieser Truppen kostet täglich 1 200 000 Dollar, und man zweifelt daran, ob Deutschland jemals in der Lage sei, diese riesigen Schulden zu bezahlen. (Der Dollar war noch vor wenigen Wochen 100 deutsche Mark wert und steht jetzt auf etwa 50. Die Summe, die Deutschland für diese ganz überflüssigen Besatzungstruppen zu bezahlen hätte, beträgt danach allein für die Amerikaner, deren Kontingent belamisch das zahlenmäßig schwächste ist, 60 Millionen Mark täglich! Was hätte mit diesen bisher nutzlos vergehenden Milliarden in Nordfrankreich und Belgien alles wiederaufgebaut werden können! Die Tragikomödie des Versailler Friedens! Die Red.)

Milderung der Schiffbergabe.

Befassung der Privatfischdampfer. Die zurzeit in London weilende deutsche Schiffahrtsdelegation hat mit der internationalen Schiffahrtskommission ein Abkommen geschlossen, nach dem die Abgabe auf eine Anzahl reichseigener Fischereidampfer beschränkt wird. An Stelle der übrigen nach dem Friedensvertrag ablieferungspflichtigen Fischereifahrzeuge sind Neubauten sowie Material für den Fischereibedarf zu liefern. Der Wert des Fischereiabkommens besteht darin, daß die deutsche Fischerei von der im Friedensvertrag aufgelegten Abgabe von Fischereifahrzeugen, die im bisherigen Betrieb tätig waren, befreit bleibt. Die Fischversorgung Deutschlands kann daher im bisherigen Umfang aufrechterhalten werden. Dies ist aber nur dadurch erreicht worden, daß das Reich durch Eingabe eigener, bisher zum Teil anderen Zwecken dienender Dampfer, durch Übernahme von Neubauten und durch Zufuhr von Materiallieferungen besondere Verpflichtungen den Alliierten gegenüber hat übernehmen müssen. Der deutsche Hilfskreuzer Möve, dessen Löhne Streiche einst die Welt erfüllten, ist an die britische Marinebehörde abgeliefert worden.

Der französische Streik.

Die Regierung lenkt ein. Paris, 14. Mai. Der Minister der öffentlichen Arbeiten, Le Troquer, wird der Kammer am Dienstag einen Gesetzentwurf über die Umgestaltung der Verwaltung der französischen Eisenbahnen ausgeben lassen. Dieser Gesetzentwurf sieht die Einsetzung eines Oberrats der Eisenbahnen vor, der aus 24 Vertretern der Eisenbahndirektionen und 24 Vertretern aus dem Volk bestehen soll. Die Autonomie der Verwaltungen der Eisenbahngesellschaften soll durch den Gesetzentwurf nicht berührt werden. Dies bedeutet zwar noch lange keinen Stog der Streikenden und der C. G. T., da die Eisenbahngesellschaften nicht verstaatlicht werden sollen, sondern ihre privatkapitalistische Autonomie beibehalten, aber es ist jedenfalls eine Niederlage der Regierung, die zuerst den Streik mit den brutalsten Mitteln niederkämpfen versuchte und nunmehr den Weg zu Konzessionen eingeschlagen hat.

Die Streiklage in der Provinz.

Paris, 14. Mai. (Meldung des Holländisch Konsulatsbureau.) Heber die Lage in der Provinz wird folgendes gemeldet: In Bordeaux streifen die Arbeiter der elektrischen Zentrale, die elektrische Beleuchtung funktioniert nicht mehr. In Lyon wird die Anzahl der Streikenden auf 70 Proz. der Arbeiter geschätzt. In Marseille ist der Straßenbahnverkehr unterbrochen. In Nantes, wo nur teilweise die Straßenbahn streifen, erwartet man die baldige Wiederaufnahme der Arbeit. In St. Etienne streifen die Arbeiter der Arsenale und die Verkehrsbedriebe. In Le Havre begannen sich eine große Anzahl der Streikenden, nachdem sie eine Versammlung abgehalten hätten, nach dem Gefängnis, wo einige Führer der Gewerkschaften gefangen gehalten werden. Polizei und Kavallerie trieben die Streikenden auseinander.

Die Flensburger Frage.

Kopenhagen, 14. Mai. „Sozialdemokraten“ schreibt: Warum durfte das Land nicht wissen, daß die deutsche Regierung die dänische Regierung aufzufordern hatte, solche Verhandlungen einzuleiten? Wir wissen: wenn Herr Scavenius nicht gewünscht hat, daß die Wahrheit darüber an den Tag käme, so war es deshalb, weil dadurch die schleswigsche Politik der linken Partei und der rechten in Gefahr kam, bloßgestellt zu werden. In der Presse dieser Parteien war beständig zu lesen, daß man die Landstrategie in der zweiten Zone nicht der deutschen Macht und Unterdrückung preisgeben wollte. Was bleibt aber von dieser Agitation, wenn mitgeteilt wurde, daß von deutscher Seite ein Vorschlag auf Schutz der Minderheiten gestellt war? Die Wahrheit sollte niedergehalten werden, damit die Flensburger Anhänger ihre unwürdevolle Agitation fortsetzen konnten und deshalb veröffentliche Scavenius sein Dementi, als die deutsche Regierung ihren Vorschlag veröffentlichte, der im höchsten Grade unangelegen ist.

Anatoliens Widerstand.

Konstantinopel, 13. Mai. (Reuter.) Es wird mitgeteilt, daß der nationalistische Führer Mustafa Kemal in Angora auf Beschluß des anatolischen Parlaments eine Regierung bildete und an die Friedenskonferenz telegraphierte, daß die Annahme der Friedensbedingungen durch die gegenwärtige Delegation null und nichtig sein würde.

Friedensschluß Moskau-Georgien.

Die Sowjetregierung hat mit Georgien einen Frieden geschlossen, der dieser demokratisch-sozialistischen Republik volle Unabhängigkeit zusichert. Möglicherweise hat die Rot des Staates infolge der polnischen Offensiv diesen Friedensschluß herbeigeführt, den wir im Interesse des so sympathischen georgischen Volkes besonders begrüßen. Das Schweigen der Moskauer Funktionäre wird auf ein Großfeuer zurückgeführt.

Amsterdam, 14. Mai. (WZ) Wie der „Telegraaf“ aus London meldet, beschlossen die Londoner Hafenarbeiter, kein Schiff zu laden, das Kriegsmaterial nach einem mit der russischen Räteregierung verfeindeten Lande führt. Infolgedessen mußte ein englisches Schiff, das Kanonen und Munition für die polnische Regierung an Bord hatte, diese Kriegsvorräte wieder ausladen.

Auf der römischen Tagung des Völkerbundes wurde auf Vorschlag Leon Bourgeois der italienische Delegierte Tittoni zum Vorsitzenden gewählt.

Irland in vollem Aufstand.

Sagt die englische Regierung. London, 13. Mai. (Reuter.) Telegramme aus allen Teilen Irlands enthalten Berichte über Einäscherung von Polizeistationen, Überfälle auf Post- und Steuerämter und Zerstörung von Dokumenten. Die Überfälle wurden sämtlich von bewaffneten und maskierten Männern ausgeführt. Alles spricht für das Vorhandensein eines sorgfältig ausgearbeiteten Gesamtplanes. Sumpfweiden überfielen die Steuerbeamten in Londonderry und Belfast und verbrannten die Einkommensteuerelemente. Bei Skibbereen wurde das Wohnhaus einer bekannten Persönlichkeit überfallen, die aus dem Bett gerissen und mit Teer beschmiert wurde.

Thyssen kauft Zentrum?

Köln, 14. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Gerüchweise verlautet, daß die „Kölnische Volkszeitung“ in den Besitz des Thyssen-Konzerns übergegangen sei. Der Verkauf soll am Mittwoch vollzogen sein.

In Eupen und Namedit wollten die Belgier schon jetzt, noch vor der Volksabstimmung, die Frankenwährung einführen, um Stimmen zu fangen. Wie der Ministerpräsident erklärte, habe die belgische Regierung mit einer Einweckung von höchstens 3 Millionen Mark gerechnet. Die Bevölkerung hat aber 287 Millionen deklariert. Die Einlösung dieses Betrages ist von Belgien in absehbarer Zeit nicht zu erwarten. Man läßt an, 300 M. gegen 300 Franken pro Kopf und jedem Familienvorkauf 500 M. und 100 M. pro Kopf seiner Familie einzuwerfen.

Der Schweizer Kommunist Flaten, der vor einigen Monaten in Sitouen festgenommen und verhaftet worden war, ist gestern auf Ersuchen der Schweizerischen Regierung freigegeben und mit militärischer Bewachung an die deutsche Grenze gebracht worden.

Ukraina • Polen • Rußland.

Nehmen wir den Fall an, in Deutschland sei auf irgendeine Weise eine Regierung zustande gekommen, deren Ideen-vorrat aus dem unererschöpflichen Schatz von politischen Einfällen der Blätter in der Art wie die „Deutsche Tageszeitung“, „Deutsche Zeitung“ usw. ergänzt und gespeist würde. Nehmen wir weiter an, daß diese Regierung eines Tages, von dem Wunsche befeelt, die Dänen aus Nordschleswig hinauszukomplimentieren, mit der militäristisch imperialistischen französischen Regierung einen Pakt eingehe. Die Franzosen leisten den Deutschen in Nordschleswig militäristische Hilfe, dafür aber erhalten sie von den Deutschen die Erklärung ihres Vergnügens auf das ganze Gebiet links des Rheins.

Würde es einen Politiker geben, der das Bagnis jener Regierung anders als eine reine Wahnsinnsthat ansehen könnte? Die Regierung wäre mehr als erledigt.

Dieses Beispiel führe ich hier an, um in großen und ganz grob gestrichelten Zügen vor Augen zu führen, welche Verwandnis es mit dem jetzt verkündeten ukrainisch-polnischen Bündnis hat. Wenn es im politischen Bewußtsein des Ukrainertums eine Tradition gibt, so ist es die der unerbittlichen Polenfeindschaft. Im 17. Jahrhundert begab sich doch der ukrainische Hetman Bogdan Chmelnyzki freiwillig unter die Botmäßigkeit des Moskauer Zaren, um nur desto gründlicher die Polen schlagen zu können. In „Taras Bulba“, einem Meisterwerke der Weltliteratur, hat uns Nikolai Gogol in unvergänglichen Bildern dieses traditionelle, fast zur zweiten Natur gewordene Hasen gezeigt.

Ueber den Inhalt des kürzlich in Warschau abgeschlossenen Vertrages erfahren wir, daß die Ukrainer auf Ostgalizien, Wolhynien, Cholm und andere angrenzende Landesteile Rußlands Vergicht geleistet haben, die bis jetzt von beiden — sowohl den Ukrainern als auch den Polen — für sich beansprucht wurden. Dafür hat Polen die Ukraina von den Bolschewikern zu säubern, das ganze Gebiet rechts des Dnjepr bis zur Küste des Schwarzen Meeres zu besetzen und es wieder zu räumen, sobald dies von den Ukrainern verlangt wird.

Wolhynien, diese kostbarste Perle Ukrainas, wird leichtem Herzens abgeschüttelt. Desgleichen Ostgalizien, die Wiege alles dessen, was sich ukrainisch nennt! Die Grenze Polens soll ganz in die Nähe von Kiew gerückt werden. Es genügt hier auf das eingangs angeführte Beispiel Deutschland-Frankreich hinzuweisen, damit der Leser, dem die näheren Verhältnisse vielleicht nicht genügend bekannt sind, die Kuriosität des Paktes gerade vom Standpunkte des ukrainischen Patriotismus und Nationalismus ermessen kann. Wenn solche Zugeständnisse möglich sind, dann ist die Verwirklichung des ukrainischen Nationalismus ganz gründlich untergraben.

Aber nicht nur der Inhalt des ukrainisch-polnischen Vertrages ist erstaunlich. Die Legitimation der ukrainischen Vertragsträger ist mehr als zweifelhaft. Petljura und seine Leute sind seit einem Jahre außer Landes und haben keinen Fußbreit unter ihrer Gewalt. Die geringen ukrainischen Streitkräfte, die sich nach Polen flüchteten, reichen für eine militäristische Aktion nicht aus; im übrigen sind sie fast restlos ostgalizischen Ursprungs, wie fast alles, was an streitbarem Ukrainismus vorhanden ist. Auf diese Kräfte will sich nun Petljura stützen, um seine Macht aufzurichten in einem Lande, das seine ausgedehnten wertvollen und lebensnotwendigen Bestandteile, ähnlich wie Waren, verschoben steht, ohne daß um die Meinung der Bevölkerung gefragt wird.

Die politische Welt hat daher nicht unrecht, wenn sie die ukrainische Seite des Unternehmens weniger ernst ansieht und die Hauptaufmerksamkeit dem polnischen Bundesgenossen der fragwürdigen ukrainischen Regierung zuwendet, in dem man den Hauptakteur wittert.

In Polen kennzeichnet sich die politische Situation durch das Vorherrschen vor allem agrarischer Interessen der überwiegend Landwirtschaft treibenden bäuerlichen Bevölkerung, deren Vertreter den größten Teil der Parlamentskörpers einnehmen. Politisch sind es wenig geschulte und für die Schulung wenig geeignete Elemente. Wie in anderen Ländern ist auch in Polen das besitzende Bauerntum in der Hauptsache darauf erpicht, seinen Besitz auf Kosten des Großgrundbesitzes zu erweitern und zu festigen. Im übrigen läßt es sich mit Leichtigkeit ins Schlepptau nehmen und von der nationalistischen Propaganda umgarnen. Die Kräfte, die diese betreiben, unfähig, die akuten Gefahren der wirtschaftlichen Zerrüttung zu bannen, und nicht gewillt, den sozialen Forderungen des Bauerntums nachzugeben, suchen durch nationalistischen Zaumel die Aufmerksamkeit der Unzufriedeneten abzulenken. Das gelingt noch. Polnische Truppen besetzen zurzeit im Nordosten, Osten und Südosten ihrer Republik weite Gebiete Rußlands, die die Polen für sich für immer beanspruchen, in denen aber der Prozentsatz der national-polnischen Bevölkerung durchweg eine einseitige Zahl ausmacht, Gebiete, die unter normalen Verhältnissen niemals zu Polen gehören können.



Bei aller Anerkennung der von den Polen bis jetzt geleisteten großen Arbeit muß indessen festgestellt werden, daß die Konsolidierung des polnischen Staates nicht weit fortgeschritten zu sein scheint. Nicht aller Art, die große Schuldenwirtschaft, unerhörte Teuerung u. dgl. bedrücken die Bevölkerung. Die Lage wird vor allem gehalten durch die großen, in die Augen springenden nationalen Erfolge und die Unterstützung durch die Entente.

Doch sich Polen durch den neuen Feldzug in die Gefahr großer, ja verhängnisvoller Rückschläge stürzt, liegt nach dem Gesagten auf der Hand.

In Rußland gibt es, so will es scheinen, bei der Abwehr der neuen Invasion, die als ein polnisches Unternehmen zum Zweck immer weiterer Annexionen empfunden wird, keinerlei Meinungsverschiedenheit. Von den rechts nach links ist die Empörung gegen diese Aktion groß. In allen Herzen zittert der tiefe Schmerz über das brutale Vorgehen. In dieser Hinsicht täuschen sich sehr die Leute, die hier in Deutschland vielleicht ein zweites Balkumbenteuer gegen Sowjet-Rußland ausüben wollen.

Die Bolschewiki, deren Lage in den letzten Monaten absolut unerträglich wurde und denen es schon graute, über einen gewaltigen Friedhof, genannt Sowjet-Rußland, voll Entsetzen, Schrecken und Seuchen, zu herrschen, erhalten durch den polnisch-ukrainischen Feldzug eine nicht zu unterschätzende moralische Unterstützung. Sie werden von allen in Lande, denen noch ein Hauch des Willens und der Hoffnung verblieben ist, unterstützt werden. An der Spitze ihrer Heere steht das alte zaristische Offizierskorps mit den bewährten Generälen. Wenn es möglich ist, über die Dauer der Operationen Voraussetzungen zu machen, so erscheinen dennoch die Aussichten der russischen Armee nicht ungünstig, sollten keine weiteren größeren Komplikationen, die allerdings wenig wahrscheinlich sind, hinzukommen.

Die polnischen Armeen sind aber nicht nur militärisch von Gefahren umdröhrt. Die Zerlegung einer von dem Heimatlande so entfernt operierenden Armee ist fast mit Sicherheit zu erwarten, wenn man bedenkt, wie leicht in der Regel die bolschewistischen Grundsätze der Rebellion auf die ermüdeten Gemüter der Soldaten einwirken. Die Bolschewiki sind in der Auswirkung ihres Einflusses Meister ihrer Sache, die Entente hat ja ihre Erfahrungen auf diesem Gebiete bereits hinter sich. Vieles steht da für den polnischen Staat auf der Karte. Sollte es zu einem Rückschlag kommen, welches Unheil werden da die zurückstretenden Soldatenmassen über ihr Land — und vielleicht noch weiter über dessen Grenzen hinaus — bringen!

Auch für die ukrainische Nationalbewegung kann ein bolschewistischer Erfolg von weittragenden Folgen sein. Es kann eintreten, daß der russische Nationalismus die Gelegenheit benutzt, um mit dem Ukrainertum so gründlich abzurechnen, wie es ihm bis jetzt nicht möglich war. Wer dann daraus den Nutzen ziehen wird, ist klar, das wird jedenfalls nicht die von ihren Trägern kompromittierte ukrainische Nationalidee sein.

## v. Gräfe-Hasenherz.

### Ein Angstzustand und eine Antwort.

Als Zeichen, „wie weit es in Deutschland mit der Angst und Sorge um die allgemeine Sicherheit um Leib und Leben gekommen ist“, drückt der „Kosalanzeiger“ einen Brief des deutschnationalen Abgeordneten v. Gräfe-Goldbeck an den Reichswehrminister ab. Wir können nur bestätigen, daß dieser Brief die Charakteristika des „Kosalanzeigers“ vollumfänglich verrät nämlich eine geradezu übermenschliche Angst. Herr v. Gräfe zittert an seinem ganzen talmijunkerlichen Leibe vor dem Ausbruch des Bolschewismus in Mecklenburg. Es ist in dem Briefe des heldenhafte Talmijunkers von kommunistischen Versammlungen die Rede, in denen beraten worden sei, „ob man nur die Gutsbesitzer oder auch die Frauen und Kinder erschlagen solle“

(richtet stark nach deutschnationalen Vorurteilen. Die Red.) Weiler schreibt Herr v. Gräfe:

Da ich selbst Gelegenheit gehabt habe, in meiner Heimat zu beobachten, wie zerküßelt die dortige Regierung vor den Rabakalen stets kapituliert, wenn sie drohen, und in wie unerhörter Weise die Bewaffnung der rabakalen Arbeiterschaft durch die Regierung begünstigt und direkt gefördert worden ist, während man die Hauptquartiere der Kommunisten, z. B. Wismar, völlig von Truppen entblößt, so ist es mir unzweifelhaft, daß wir in Mecklenburg vor einem Blutbad stehen dürften, wie es bisher wohl nur im Baltikum vorgekommen ist, wenn die Reichsregierung auch ihrerseits, wie es fast den Anschein hat, sich nicht mehr in der Lage sieht, Leib und Leben der deutschen Bürger zu schützen.

Der „Kosalanzeiger“ unterläßt es leider, im Anschluß an diesen Brief die Antwort wiederzugeben, die Herr v. Gräfe durch den Chef der Mecklenburgischen Sicherheitspolizei, Oberst Lange, erhalten hat. In diesem Antwortschreiben stellt Oberst Lange fest, daß sich allerdings Waffen in Mecklenburg befinden, aber nicht im Besitz der Kommunisten, sondern in den Händen von Gutsbesitzern, und zwar unangemeldet. Darüber sagt das Schreiben:

Die mir vorliegenden Unterlagen über Waffenbesitzung ergeben einige Unstimmigkeiten. So sind z. B. von Süstrom (der Lettow-Vorbesitzer Reichswehr Red.) ausgeliefert worden an:

Graf Pawlow-Dallwitz: 750 Gewehre, 37 500 Patronen. Angemeldet sind dort 11 M.G. und 12 Gewehre.

Gutsbesitzer Paul Andrea, Dudenhof bei Gülze: 750 Gewehre, 37 500 Patronen. Angemeldet sind 7 Gewehre.

Rittmeister v. Gaeseler: 750 Gewehre, 37 500 Patronen. Angemeldet sind 12 Gewehre.

Gutsbesitzer Bode: 750 Gewehre, 37 500 Patronen. Angemeldet sind 9 Gewehre.

Am Schlusse seiner Erwiderung, die wir leider aus Raumgründen nicht vollständig geben können, ruft Oberst Lange dem Herrn v. Gräfe zu:

Ihr Schreiben ist ein trauriges Gemisch von schlechtem Gewissen und Wahnsinn. Sie wollen den Bolschewismus an die Wand molen, um den Rappismus vergessen zu machen.

Damit dürfte Oberst Lange ins Schwarze getroffen haben.

## Allerhand Harmlose.

### Ehrhardt-Verder und Stralsunder Rappisten.

Niemand ist bekanntlich so harmlos, wie die reaktionären Rappisten. Gewiß hat man einmal einen, so stellt er sich stets als Mensch von lautersten Absichten heraus, der nur „Ruhe und Ordnung“ aufrechtzuerhalten wolle.

Der „Kosalanzeiger“ wimmert, daß einige Unläuter der Marinebrigade Ehrhardt in Ragnick verhaftet worden sind. Natürlich ganz harmlose Leute! Sie haben ja nur gemeinert, nur ein bißchen die Regierung abgesetzt und nur (schlecht) gehöhrt, die angeordnete Verhaftung ihres Führers mit Waffengewalt zu verhindern. Die „Unläuter“ der Marinebrigade Ehrhardt haben noch ihre besondere Harmlosigkeit. Man hat nämlich solche „Unläuter“ schon mehrfach dabei beobachtet, wie sie neue Leute angeworben suchten. Natürlich war es diesen harmlosen Unläutern ganz unbekannt, daß ihre Truppe aufgelöst wird.

Sehr harmlos geht es bekanntlich auch im Vorpommern zu. In Stralsund hat man noch Verhaftung der „Deutschen Tageszeitung“ noch wie einen Rappisten gesehen, man weiß gar nicht, was das für Menschen sind. Dazu können wir berichten, daß der Leiter der Abwicklungsstelle Stralsund, ein Major v. Seeler, am 13. März die Abwicklungsstellen und Kapitulanten der Abwicklungsstelle antreten ließ und ihnen (nach Mitteilung unseres Stralsunder Blattes „Der Vorpommern“) im Auftrage seines Vorgesetzten, des Major Steffen, eine schöne Rede hielt:

Die alte Regierung sei gestürzt, geflüchtet, samt dem Reichspräsidenten. Das blödsinnige Regieren hätte aufgehört, eine neue Regierung, das Herz auf dem rechten Fleck, hätte sich gebildet und hätte die Geschäfte übernommen. Es würde gewünscht, daß sämtliche Leute sich hinter die neue Regierung

stellten und in die Freiwilligenwehr einträten, die eine Reserve der Reichswehr sei. Wer einen solchen Uebertritt mit seinem Gewissen nicht vereinigen könnte, würde sofort von seinem Platz entlassen werden. Der Eintritt in die neue Wehr habe sofort zu erfolgen. Wer sich nicht füge, sei entlassen. Der Erfolg war ersehnt. Von den etwa 70 Deuten meldete sich nicht ein einziger.

Wenn nun die Herren Majore Steffen und Seeler verabschiedet werden, so wird die „Deutsche Tageszeitung“ über entsetzlichen Terrorismus Tränen vergießen. Denn daß diese Herren selber jeden entlassen wollten, der sich nicht der Rapp-Regierung anschloß, geschah doch nur in aller Harmlosigkeit, um „Ruhe und Ordnung“ aufrecht zu erhalten.

## „Germanischer Sturmtrupp“.

Seltene Organisationen entstehen im Zeichen des Falkenkreuzes. So nasend jetzt ein Herr Gustav Rudolf Köppler, Berlin-Schöneberg, Guglowstraße 2, antisemitische Flugblätter usw. in Umschlägen, die als Stempel den Aufdruck tragen:

### Germanischer Sturmtrupp.

Deutschnationales Hilfskorps, Landesverband Berlin. Der Oberfeldmeister.

Unnütz zu betonen, daß diese Worte sich um das Zeichen des Falkenkreuzes ranken. Die Bezeichnungen „Sturmtrupp“, „Hilfskorps“ und „Oberfeldmeister“ deuten nicht gerade darauf hin, daß diese neue Antisemitengründung friedliche Absichten hat. Freilich, zu größeren Taten scheint ihr einstweilen noch die Gulaschlanone zu fehlen.

## Die Todesurteile.

### Protest der Frankfurter Genossen.

Frankfurt a. M., 14. Mai. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) In der Mitgliederversammlung der Sozialdemokratischen Vereinigung Groß-Frankfurt lag ein Antrag vor, worin ein scharfer Tadel gegen den Reichspräsidenten Genossen Ebert ausgesprochen wird, weil er jüngst das gegen zwei Arbeiter im Ruhrgebiet ergangene Todesurteil bestätigt hat. Der Vorsitzende, Gen. Eugen Kaiser, bemerkte hierzu, es sei unverständlich, daß Ebert in diesem Falle, wo es sich um irreführende und verlegte Arbeiter handle, vom Vergabungsrecht keinen Gebrauch gemacht habe. Ein Gegenstück biete der Rapp-Putsch. Hier habe man Ruhe walten lassen und den Rappisten Haftstrafen für die Flucht ausgesetzt. Der Vorstand wurde beauftragt, die Angelegenheit an die Parteinstanzen weiterzugeben.

Nach dem Jahresbericht des Sekretärs Gen. Erzhart beträgt die absolute Zunahme der Mitglieder über 1000. Neben den Industriearbeitern besonders Beamte der verschiedensten Kategorien. Vier Beamtengruppen wurden neu gegründet. Daneben besteht eine besondere Gruppe der geistigen Arbeiter. Der Verein zählt 9348 männliche und 1985 weibliche Mitglieder.

Das Todesurteil gegen den Eisenträger Christian Koepf aus Duisburg wurde am 12. Mai abends durch Erschießen vollstreckt. Koepf war vom Außerordentlichen Kriegsgericht wegen Aufruhrs und Mordes an einem Reichswehrleutnant verurteilt worden.

Der Führer der „roten Wehrmacht“ im Ruhrgebiet, Rischka, ist mit zwei Begleitern und 800 000 M. in Freiburg in Baden verhaftet worden. Ein requiriertes Auto der Stadt Gelsenkirchen hatte zur Flucht gedient.

Sicherheitspolizei in Hagen. Freitag früh sind 1300 Mann Sicherheitspolizei in Hagen eingerückt. Zwischenfälle sind nicht zu verzeichnen. Die Bevölkerung war auf das Wiedererscheinen der Sicherheitswehr seit langem vorbereitet.

Legationsrat Dr. Reinhardt, der bisherige preussische Geschäftsträger in Dresden, ist ins Auswärtige Amt versetzt und mit der Leitung des Bureaus des Reichsministers Dr. Köster betraut worden.

Polnisches Land. Im Kreise Platonow stehen nicht 6686, sondern 29 686 deutsche 3827 polnischen Stimmen gegenüber!

## Die Gefahr der Hypnose.

Gegen die neuerdings (auch in Berlin) stark in Mode gekommenen öffentlichen Hypnosevorstellungen wechelt sich in eingehenden Darlegungen in der „Kosalanzeiger“ der Düsselborfer Nervenarzt Dr. Paul Engelen. Er schreibt: „Ohne Kenntnis der Diagnose und ohne wissenschaftliche postive Erfahrung ist das Hypnotisieren gefährlich. Ueble Folgen sind: schweres Erbrechen, Einkommenheit des Kopfes, Schwindel, Kopfschmerz, Uebelkeit, Erbrechen, Abgespanntheit, verdrehte Stimmung, Arbeitsunlust, Stimmperden der Urteilskraft, Lustlosen ungenügender Ausregulationen, spontane Verfall in Hypnose, lethargische Zustände, Nachwandeln, Zittern, Ohnmacht, Neurosen, Delirien, Lähmungen, Verlust der Sprache, Tobsucht. Die Gefahr unabsichtlicher und pathologischer Auto suggestionen besteht besonders bei angsteinflößenden Menschen und bei hysterischen. Bei Hysterie besteht große Neigung zur Auslösung von Krämpfen, Lähmungen, Gefühlsstörungen. Ich sah in Düsseldorf eine alte schone Geistesstörung nach ungeschickter Hypnose durch einen Laien. Eine traurige Verhängnisvoll erlangte 1904 ein Fall in Ungarn. Der Vajenmagnitiseur Brunnenmeister Neufman behandelte wiederholt die schwer nervöse und schändliche Tochter des Großgrundbesizers Salomon auf Schloß Tuschitz hypnotisch und versuchte, sie in den Zustand des sogenannten Hellsehens zu versetzen. In einer dieser Sitzungen bewirkte er einen heftigen Erregungszustand, der eine tiefe Ohnmacht und nach 8 Minuten den Tod zur Folge hatte. In den nachfolgenden Autopsien der Autopsiegelehrten bei fehlerhafter Technik gerät weiter das spontane Verfall in hypnotische Zustände. Totes öffentliche hypnotische Schaulustungen in Turin und Mailand riefen eine große Anzahl solcher unglücklicher Ergebnisse hervor. Mehrere Zuschauer gerieten unfreiwillig und unabsichtlich in Schlafzustände.“

Eine verwandte Erscheinung ist die Hypnosomanie, das zwinrende Verlangen nach weiteren Hypnososen. Eine von Rodziewicz in Petersburg hypnotisch behandelte Dame fühlte hinterher ein solches Wohlbehagen, daß sie sich täglich von einer Arcubin einschläfern ließ. Diese interessierte sich hierfür, stellte wahrheitsgemäße Experimente an und brachte schließlich einen Zustand geistigen Stumpfsinns zuwege. Solche traurige Folgen treten natürlich ein, wenn in die Erscheinung, wenn durch die Kunstschüler reisender Hypnotiseure die Hypnotisierungsmittel popularisiert und epidemisch wird. Solche Epidemien infolge öffentlicher Schaulustungen ereigneten sich in Breslau, Posen, Kassel und forderten zahlreiche Opfer. So rät es die Natur, wenn die Hypnose degradiert wird zum prunkenden Kassaprogramm magnetisieren der Charlatan, zum sensationellen, nebenbeihernden Spielzeug gelandeter Salons oder zum Jaudermittel unwissender, kritischer Kurpfuscher und professioneller Schwindler.“

Schutz der Denkmale und Kunstwerke. Unter den zahlreichen Gesetzesvorlagen, welche die Nationalversammlung noch vor ihrem vorläufigen Auseinandergehen verabschiedet hat, befindet sich auch eine Verordnung zum Schutze von beweglichen Denkmalen und Kunstwerken.

Nach der neuen Verordnung dürfen Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts, Familienstiftungen sowie die Besitzer und Verwalter von Reiskommissionen bewegliche Gegenstände, die einen geschichtlichen, wissenschaftlichen oder künstlerischen Wert haben, nur mit Genehmigung der Landeszentralbehörde oder der von ihr zu bezeichnenden Behörde veräußern, verpfänden, weweltlich verändern oder aus dem Reichsgebiet ausführen. Die Reichsregierung beantragt sich mit der Aufhebung dieses allgemeinen Grundgesetzes und der entsprechenden Strafanordnung. Im übrigen ist die weitere Durchführung der Bestimmungen den Ländern überlassen.

Die Völsge der Kunst ist ja auch nach der neuen Reichsverfassung in erster Linie Sache der Länder. Diese können nun ihrerseits die Verordnungen den Verhältnissen anpassen. Länder mit geringem Kunstbesitz der bezüglichen Art können vielleicht zu einer Katalogisierung schreiten. Länder mit übermäßigem öffentlichen und vor allem auch sehr zahlreichem gebundenen Privatbesitz können Generelle Bestimmungen erlassen, um den wichtigsten Kreis der in Betracht kommenden Gegenstände zu schützen. Die Verordnung ist daher nur im Interesse der vorläufigen Sicherstellung der Liebergangsverordnung erlassen. Sache des künftigen Reichstags wird es sein, sich mit diesen Vorschriften erneut zu befassen und sie durch ein Reichsgesetz zu bestätigen oder zu ergänzen. (Es bleibt bedauerlich, daß diese wichtige Materie erst so spät und auch jetzt nur provisorisch geregelt wurde.)

„Offenbacher Schreiber“ nennt sich eine aus der dortigen Kunstgewerkschaft hervorgegangene Vereinigung von Schreibkünstlern, die in der Bibliothek unseres Kunstgewerbemuseums eine kleine Ausstellung veranstaltet hat. Sie will die Kunst des Schreibens, die seit der Erfindung des Buchdrucks in Verfall geraten ist, zu neuem Leben erwecken.

Die Leistungen verdienen fast durchweg uneingeschränktes Lob. Es ist ein seltener und eigenartiger Genus, sich in die Aufgaben dieser edlen Schriftzüge zu versetzen, von denen jeder Tag individuell wirkt und den Charakter bald des schwungvoll Bothen, bald des pendelnd Großen, der letzten Ruhe, oder geschmeidigen Eleganz trägt. Das Zusammenfügen von Schrift und Schmutz ist in den meisten Arbeiten mit seinem Laß durchgeführt. In einigen („Die Hege von Enhar“, „Das Buch Ruch“, „Der 60. Psalm“) hat man neben schwerer Schrift einen zu flüchtigen Dekor gewählt.

Die Wiederbelebungsversuche der Offenbacher Künzler übrigens nicht an die Antiquarform, sondern an die gotische Buchschrift an. Da die Abschaffung der letzteren nur eine Frage der Zeit ist, erscheint dieses Verfahren wenig zweckmäßig. Vom rein künstlerischen Standpunkt ist freilich nicht zu leugnen, daß die gotischen Formen vor den lateinischen den Vorzug größerer Ausdruckskraft und Wandlungsfähigkeit besitzen. Zu wünschen wäre jedenfalls, daß die Reformatoren sich auch der Kursive, d. h. der eigentlichen Schreibschrift annähmen, die ein höheres Maß von Völsge verdient, als ihr in der Bibliothek der Schreibmaschine zuteil wird. Es wäre zweifellos ein nicht zu unterschätzender Beitrag zur Förderung unserer ästhetischen Kultur, wenn es gelänge, die heute am künstlerischen Schönschreiben und die Fähigkeit dazu, wie sie noch in der Biedermeierzeit lebendig war, wieder zu erwecken. J. S.

Erfinderscheit heißt ein Buch, das jedoch Herr Dr. Otto, Oberbibliothekar am Reichspatentamt, hat erscheinen lassen. (Deutsche Patent-Anstalt. Preis etwa 20 M.) Eine Zusammenstellung von 100 Patentschriften der letzten Jahre gibt einen Aufschluß über die gewaltigen Tätigkeit der Erfinder. Ueber den wirtschaftlichen Erfolg der beschriebenen Neuerungen können naturgemäß keine Angaben gemacht werden; vielleicht nimmt sich einmal jemand die Mühe, eine derartige wirtschaftliche Ergänzung zu verfassen; denn die aufwendige Arbeit beginnt für viele Erfinder dann, wenn sie die Verwertung ihres Gebrauchs versuchen. Zweifellos liegt hier ein Gebiet vor, auf dem im gemeinwirtschaftlichen Interesse manches zu verbessern ist; denn wir dürfen neue Gedanken nicht mehr verdammen, sondern ihre Verwertung erleichtern, wenn sie es verdienen.

Chinin gegen Herzkrankheiten. In der Wiener Gesellschaft der Ärzte hielt Professor Winterberg einen Vortrag über jene Formen von Herzkrankheiten, die mit besonderer Verlangsamung oder mit auffallend harter Beschleunigung des Pulses einhergehen. Im Laufe des Vortrages kam er auf die neue, von Professor Wendorff in die Therapie eingeführte Chininbehandlung dieser Erkrankungen zu sprechen und schloß die Richtung der neuen Therapie. Man sah, daß diese Krankheitsformen nunmehr mit Sicherheit zu beeinflussen sind und wie auch sehr schwere Anfälle dieser Herzkrankheit sehr rasch, manchmal augenblicklich durch Chinin beseitigt werden.

Die Spinnse als Industriearbeiter. In einem Institut für Rekinstrumente in Hoboken bei New-York sind 200 Spinnen damit beschäftigt, die für die Rekinstrumente erforderlichen Fäden zu spinnen. Für besagten Zweck wurden bisher Menschenhände und fein ausgezogener Blinddarm verwendet, aber Untersuchungen haben den einwandfreien Beweis erbracht, daß Spinnwebse ungleich bessere Dienste leisten als das bisher verwendete Material. Das Arbeitsverfahren der Spinnen spielt sich in folgender Weise ab: Die Spinnen werden von jungen Mädchen auf ihre Handeile gesetzt und durch vorläufiges Klopfen veranlaßt, sich von der Hand in die Tiefe hinabzulassen. Die Spinne läßt sich zu diesem Zweck an einem an dem Rande der Hand befestigten Faden herab; bevor sie aber den Boden erreicht, rollen die Mädchen den Faden auf ein Spinnrad und bewirken durch die Drehung des Rades, daß der Faden ausgerollt wird. Dadurch wird die Spinne, die sich beständig bemüht, den Boden zu erreichen, aber immer wieder ein Stückchen in die Höhe gezogen wird, genötigt, den Spinnprozeß andauernd fortzusetzen. Auf diesem Wege erhält man von einer einzigen Spinne mehrere hundert Fuß Fäden. Die Spinnen werden außer der Arbeitzeit in einem großen Käfig verwahrt und mit Strohflögen gefüttert.

Die Berliner Gezeffian eröffnet Sonnabend nachmittag 2 Uhr ihre Frühjahrsausstellung.

Der ukrainische Volkschor veranstaltet drei weitere Konzerte am 17. Mai (Wälschmanne), 19. Mai (Wälschmanne) und 21. Mai (Wälschmanne). Am Berliner Buchgewerkschaft, Lindenstraße 114, Luergeblude III sind zurzeit etwastliche Arbeiten des Malers und Graphikers Hermann Wier angehtellt. (Wälschmanne 11-12, Sonntag 9-12). Die Besucher haben Gelegenheit zum Studium der ausgelegten Fachliteratur und der Scherel.



Betriebsräte und Gewerkschaften

Eine Versammlung der auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebsräte...

Bericht über die Einigungsverhandlungen mit der Betriebsrätezentrale in der Münzstraße entgegen.

Der Referent Genosse Kamsbrock vertrat den Standpunkt: Die Betriebsräte haben wirtschaftliche, aber keine politischen Aufgaben zu erfüllen.

Koppel führte als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände aus, daß diese Organisation ebenfalls auf dem Standpunkt steht, die Betriebsräte seien zu wirtschaftlichen Aufgaben durch die Gewerkschaften zusammenzufassen.

Hollmerhaus, Vertreter der Gewerkschaftskommission, erklärte sich einverstanden mit dem vom Referenten vertretenen Standpunkt...

Sämtliche Diskussionsredner stimmten den Ausführungen des Referenten vorbehaltlos zu.

Folgende Entschlieung wurde einstimmig angenommen: Die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebsräte und Gewerkschaftsvertrauensleute...

Die Versammlung erklärt sich mit dem Standpunkt der Verhandlungskommission der S. P. D. einverstanden.

Weiter erucht die Versammlung die Berliner Gewerkschaftskommission, sofort eine Zentralstelle der Betriebsräte für das Wirtschaftsgebiet Groß-Berlin zu errichten.

Eine ebenfalls einstimmig angenommene Resolution spricht den französischen Klassengenossen gegen die die Regierung mit Auflösung der Gewerkschaftszentrale vorgeht, wärmste Sympathie...

aus und erwartet, daß der gegen die Gewerkschaften geführte Schlag an dem Widerstand der Arbeiter zuschanden wird.

Das Betriebsräteekretariat. In den Zeilen 23, erucht die auf dem Boden der S. P. D. stehenden Betriebsräte um Angabe ihrer Adressen sowie der Betriebe und der Zahl der dort beschäftigten Arbeiter und Angestellten.

Heute und morgen sind die letzten Tage zur Einsicht in die Wählerlisten.

Es ist verschiedentlich festgestellt worden, daß die Wählerlisten in Groß-Berlin Ungenauigkeiten, insbesondere bei Hausangestellten und bei Arbeitern, die ihren Wohnort innerhalb Groß-Berlins gewechselt haben...

Sichert Euch Euer Wahlrecht!

Wirtschaft

Zwei Milliarden neue Banknoten in einer Woche. In der letzten Aprilwoche war die Nachfrage nach Zahlungsmitteln bei der Reichsbank so groß, daß 1968,5 Millionen Mark neue Noten in Verkehr gebracht werden mußten.

Der vorliegende Ausweis der Reichsbank vom 30. April zeigt eine außerordentlich starke Zunahme der Anlagelasten. Ihren Grund hat diese Inanspruchnahme im wesentlichen darin, daß einerseits das Reich wieder recht erhebliche Kredite bei der Bank entnahm und andererseits große Beträge im freien Verkehr untergebrachter Schatzanweisungen nicht verlängert oder zum Rebidont eingereicht wurden.

Zur Verteuerung der Baukosten. Löhne und Baustoffe haben sich wie folgt entwickelt:

Table with 4 columns: Gegenstand, 1914 R., 1. 12. 1919 R., 1. 8. 1920 R. Rows include Stundenlohn, des gelernten Arbeiters, des ungelerten Arbeiters, 1 obm Erdarbeiten, 1 Sand, 1 Kies, 1 t Zement, 1 Trägereisen (Grundpreis), 1 Bahnschienen, 1 Kohlen, 1 Holz, 1 Schmieröl, 1000 lb. m. Kabel G. A. A. 2.5, 1 lb. m. blanke Leitung, 1 obm Vanholz, 1 Mauerwerk, 1 Rörtel, 1 am dreifache Tunnelbüchtung, 1000 Ziegelsteine, Wagen der Untergrundbahn.

Aus der vorstehenden Zusammenstellung, die die A. E. G. Schnellbahn veröffentlicht, ergibt sich, daß bei der ungeheuren Preissteigerung die Rentabilität aller Baunternehmungen durchaus bemüht ist.

Segen der Erde.

Roman von Knut Hamsun.

Die kleine Leopoldine hat um etwas zu essen. Ach, das nette kleine Geschöpf, ein Marienkäferchen auf einem Fuhrwerk! Sie sprach mit einem singenden Tonfall, in einer merkwürdigen Sprache von Drontheim, der Vater mußte es sich bisweilen überlassen lassen.

Im Walde angekommen, rasteten sie und aßen, das Pferd bekam sein Futter, und Leopoldine hüpfte mit ihrem Brot in der Hand im Heidekraut umher.

„Du hast dich nicht sehr verändert,“ sagte Jnger, indem sie ihren Mann betrachtete. — „Nal sah auf die Seite und antwortete: „So, meinst du? Aber du bist sehr vornehm geworden!“ — „Nahal! Nein, ich bin jetzt alt,“ erwiderte sie so recht scherzhaft. — Es war offenbar, Nal fühlte sich nicht recht sicher, er blieb zurückhaltend, war wie verschüchtert. Wie alt war wohl seine Frau? Sie konnte nicht jünger als dreißig sein — das heißt, sie konnte nicht mehr sein, unmöglich. Und obgleich Nal oh, riß er doch ein Zweiglein Heidekraut ab und laute auch daran. „Was ist du auch Heidekraut!“ rief Jnger lächelnd. Nal warf das Heidekraut weg und steckte einen Bissen in den Mund, dann ging er hin und hob das Vorderbein des Pferdes in die Höhe. Jnger folgte diesem Aufruf mit Erstaunen, sie sah, daß das Pferd auf zwei Beinen stand. — „Warum tust du das?“ fragte sie — „Es ist so zutraulich,“ sagte er von dem Pferd und ließ es wieder los. Warum hatte er das nur getan? Er hatte wohl große Lust dazu verspürt. Vielleicht hatte er seine Verlegenheit dahinter verbergen wollen.

Dann wurde das Pferd wieder in Gang gesetzt, und alle

drei gingen eine Strecke zu Fuß. Eine Anstiedlung kam in Sicht. „Was ist das?“ fragte Jnger. — „Das ist Bredes Grundstück, er hat es gekauft.“ — „Brede?“ — „Und es heißt Bredablad! Es sind gute Moore da, aber wenig Wald.“ — Als sie an Bredablad vorbei waren, sprachen sie weiter darüber, Nal aber hatte gesehen, daß Bredes Wagen unter freiem Himmel stand.

Doch jetzt wurde das Kind schläfrig, da nahm der Vater es fürsorglich auf den Arm und trug es. Sie wanderten weiter, Leopoldine war bald eingeschlafen, und Jnger sagte: „Nun legen wir sie in dem Fell auf den Wagen, dann kann sie schlafen, solange sie will.“ — „Sie wird da so sehr gerüttelt,“ meinte der Vater und wollte sie lieber tragen. Sie kommen über das Moor und in den Wald hinein, und „Wri!“ sagte Jnger. Sie hält das Pferd an, nimmt Nal das Kind ab und sagt, er solle die Kiste und die Nähmaschine zusammenrücken, dann könne Leopoldine hinten im Wagen liegen. „Da wird sie gar nicht geschüttelt und gerüttelt, was ist das für Unsinn!“ — Nal tut, wie sie sagt, hüllt sein Töchterchen in das Fell und schiebt ihr seine Jacke unter den Kopf. Dann fahren sie weiter.

Der Mann und die Frau gehen zu Fuß und reden von Verschiedenem. Die Sonne scheint bis spät am Abend und das Wetter ist warm. „Dine — wo schläfst du für gewöhnlich?“ fragt Jnger. — „In der Kammer.“ — „So, und du Buben?“ — „Die liegen in ihrem eigenen Bett in der Stube. Es sind zwei Bettladen in der Stube, noch genau so, wie damals, wo du fortgegangen bist.“ — „Ich betrachte dich immerfort,“ sagt Jnger, „du siehst genau so aus wie früher. . . Und allerlei Vösten haben deine Schultern durchs Dedland heraufgetragen, aber sie sind darum nicht schwächer geworden.“ — „O nein. Aber was ich sagen wollte: ist es dir in allen den Jahren erträglich gegangen?“ — „O, Nal war ganz bewegt, bei dieser Frage zitterte ihm die Stimme. Jnger antwortete, ja, sie könne nicht klagen.

Es kam zu einer gefühlvollen Aussprache zwischen ihnen, und Nal fragte, ob sie nicht müde sei und lieber fahren wolle. — „Nun, danke,“ antwortete Jnger. „Aber ich weiß nicht, wie es bei mir beschaffen ist, seit ich die Seekrankheit ganz bezwungen hat, bin ich immerfort hungrig.“ — „Möchtest du noch etwas essen?“ — „Ja, wenn ich uns nicht zu sehr aufhalte.“ — O diese Jnger, sie selbst war wohl nicht hungrig,

Geldrevolution und Arbeitslohn.

Im Verlag des „Vorwärts“ hat Adolf Braun unter obigem Titel eine kleine Schrift (30 S., 1,50 M.) erscheinen lassen, die allen Arbeitnehmern bestens empfohlen werden kann. Sie schildert in leicht verständlicher Sprache das Wesen der Geldrevolution, in der wir stehen, und zeigt die Notwendigkeit, den Nominallohn den Schwankungen seiner Kaufkraft so anzupassen, daß der Lohnempfänger vor den Schädigungen dieser Schwankungen geschützt wird. Der Weg dazu ist die gleitende Lohnskala.

Englands Petroleummonopol. (Größte Finanzierung der Gegenwart.) Die „Daily Mail“ teilt mit, daß es der englischen Regierung gelungen ist, kritisches Kapital in einem so erheblichen Umfange an der Shell-Petroleumgesellschaft und an der diese kontrollierende königlich-niederländische Petroleumgesellschaft zu beteiligen, daß diese Gesellschaften überwiegend englische Aufsichtsräte erhalten. Wie weit die Durchbringung dieses bisher holländischen Konzerns mit britischem Gelde gelungen sein muß, geht daraus hervor, daß die Gesellschaft, die in London gegründet worden ist, um die großen Celajungengebiete Mesopotamiens zu erschließen, mit ihrem Kapital von zehn Millionen Pfund Sterling der Shell-Gesellschaft angegliedert werden soll. Auch die anglo-perfische Petroleumgesellschaft soll jetzt in nähere Beziehungen zum Shell-Konzern gebracht werden. Bei dieser Transaktion — wie das Blatt behauptet, die größte seit dem Ankauf der Suezkanalaktien durch den englischen Staat — habe ausschließlich die Absicht, den Rohölbezug Englands vor den Zufälligkeiten des Krieges und den Ein- und Ausfuerverboten fremder Länder zu schützen, vorgewaltet.

Groß-Berlin

Die Not der Straßenbahn.

Direktor Wuslow zu den Vorschlägen des Vereins der Vororte.

Wir veröffentlichen vor kurzem eine Eingabe des Vereins der Vororte Berlins, in der eine Reihe von Vorschlägen gemacht werden, um eine Herabsetzung der Straßenbahnfahrpreise zu ermöglichen. Einer unserer Mitarbeiter nahm daraufhin Gelegenheit, den Direktor der Großen Berliner Straßenbahn, Dr. Wuslow, über seine Ansicht zu diesen Vorschlägen zu befragen. Der Direktor äußerte sich folgendermaßen:

Der Vorschlag, ein Drittel der Haltestellen einzuziehen, würde keinesfalls den gewünschten Erfolg bringen. Während der Kriegszeit wurde bereits ein Drittel der Haltestellen eingezogen, so daß in den Vororten die Abstände der Haltestellen meistens 500 Meter betragen. Wenn abermals ein Drittel der Stationen eingezogen würden, so würde ein Teil des Publikums von der Benutzung der Straßenbahn Abstand nehmen, und der dadurch entstandene Verlust würde die Stromersparnis übertreffen.

Ferner ist es durchaus nicht angebracht, das Einwagensystem ganz aufzugeben und nur Zwei- bzw. Dreiwagenzüge verkehren zu lassen. Dieser Vorschlag würde in der Praxis allerdings eine Mehreinnahme zur Folge haben, was jedoch nur für die Stadtteile in Frage kommt, wo reger Geschäftsverkehr herrscht, während es in weniger belebten Stadtteilen überflüssig wäre. Da aber das Wagenmaterial für Zwei- und Dreiwagenzüge nicht vorhanden ist, müßten die Fahrtenabstände verringert werden. Dann würde abermals ein Verlust von Fahrgästen entstehen, der den Vorteil wieder aufhebt.

Außerdem regt der Verein Berliner Vororte an, Fahrtscheine nur im Vorverkauf abzugeben, um dem Schaffner zu ermöglichen, zwei Wagen gleichzeitig zu bedienen. Der Vorverkauf ist im Prinzip durch den Verkauf von Serienkarten bereits eingeführt, während die Bedienung zweier Wagen durch einen Schaffner technisch undurchführbar ist und nur eine Verzögerung des Geschäftsverkehrs bedeuten würde.

Dann schlägt die Eingabe vor, die Fahrpreise nach 8 Uhr auf das Doppelte und nach 11 Uhr auf das Dreifache zu erhöhen, um dadurch eine Verminderung des Fahrpreises für die übrige Tageszeit herbeizuführen. Dagegen wäre zu sagen

aber sie gönnte Nal noch etwas, er hatte ja keine letzte Wahlzeit mit dem Heidekrautstengel unterbrochen.

Da der Abend warm und hell war und sie noch einen weiten Weg vor sich hatten, gingen sie wieder an zu essen.

Jnger zog ein Paket aus ihrer Kiste heraus und sagte: „Ich hab ein paar Sachen für die kleinen Buben. Komm, wir wollen uns dort drüben bei dem Gebüsch niederlassen, da ist es sonnig.“ — Sie setzten sich unter das Gebüsch, und Jnger zeigte die Sachen für die Jungen: hübsche Hosenträger mit Schnallen daran, Schreibbücher mit Vorschriften darin, für jeden einen Bleistift, ein Taschenmesser für jeden. Für sich selbst hatte sie ein ausgezeichnetes Buch. „Hier sieh, mein Name steht darauf, es ist ein Andachtsbuch.“ Sie hatte es von dem Direktor zur Erinnerung bekommen. Nal bewunderte alles mit leisen Worten. Sie zeigte auch eine Anzahl Krügen, die Leopoldine gehörten, und Nal gab sie ein schwarzes wie Seide glänzendes Halstuch. — „Soll ich das haben?“ fragte er. — „Ja, das bekommst du.“ — Nal nahm es vorsichtig in die Hand und strich darüber hin. — „Nal es nicht hübsch?“ — „Ach, hübsch! Damit könnte ich in der ganzen Welt herumreisen!“ Aber seine Finger waren so rauh, daß sie an der merkwürdigen Seide überall hängen blieben.

Jetzt hatte Jnger nichts mehr vorzuweisen, aber als sie wieder zusammenpackte, sah sie so, daß ihre Waden in den rotgestreiften Strümpfen zum Vorschein kamen. — „Hm! Das sind wohl Stadtstrümpfe?“ fragte er. — „Ja, es ist Garn aus der Stadt, aber ich hab sie selbst gestrickt. Es ganz lange Strümpfe, bis über die Knie, sieh her! Kurz darauf hörte sie sich selbst flüstern: „Du — du bist ganz derselbe — wie früher!“

Eine Weile später fuhren sie weiter, innerlich droben und lufthiert. „Ich hab auch ein Paket Kaff gebrannt,“ sagt sie, „aber heute abend kannst du ihn nicht versuchen, denn er ist noch nicht gebrannt.“ — „Du soll auch nicht damit plagen,“ erwiderte er.

Wieder nach einer Weile ist die Sonne untergegangen und es wird kühl. Jnger will absteigen und gehen, beden Leopoldine dichter mit dem Fell zu und lächeln, daß sie so lange schlafen kann. Dann unterhalten sich J und Frau wieder im Weitergehen. Es ist ein wahres Angen, Jnger jetzt sprechen zu hören, niemand hätte sprechen können, als Jnger jetzt sprach.

(Fortf. fol)



Wenn die Fahrpreise nach 8 Uhr verdoppelt würden, wäre ein großer Teil der Arbeiter empfindlich getroffen. Eine Erhöhung nach 11 Uhr kann nicht in Frage kommen, da um diese Zeit nur noch einige Linien verkehren. — Im übrigen zeugen die Vorschläge des Vereins der Vororte Berlins sowie dessen Schlußfolgerungen, nach Umfassung der Vorkalender in die Prezis würde sich ein Fahrpreistarif von 25—30 Pf. noch jetzt ermöglichen lassen, von allzu großem Optimismus.

### Straßenbahntarif und Verhandlungsversammlung.

Der Verhandlungsversammlung Groß-Berlin sind gestern zu ihrer nächsten Sitzung am Montag, den 17. d. Mts., die Vorlagen zugegangen, unter denen die Unternehmungen des Verkehrs über die Tarife der Straßenbahnen und die Frage: Staffeltarif oder Einheitsstarif? hervorzuheben sind. Wie wir es voraussagen, ist bei diesen Unternehmungen nicht weiter herausgekommen als die angekündigte Erhöhung der Einzelfahrt um 20 Pfennig.

Zur Begründung der Tarifserhöhung auf 70 Pf. wird u. a. ausgeführt: Beim 50-Pf.-Tarif waren die vom Personal geforderten Löhnerhöhungen noch nicht berücksichtigt, ebensowenig die Deckung des bisher entstandenen Verlustes. Anlässlich der der Schließung dem Unternehmen eine jährliche Mehrbelastung von 50 Millionen Mark gebracht. Bis zum 1. Oktober, dem Inkrafttreten der neuen Stadtgemeinde Berlin, sind insgesamt 29,2 Millionen durch Tarifserhöhung zu decken. Durch den bereits mitgeteilten Tarif von 70 Pf., bei Ausdehnung von Arbeiterarten auf 5 Pf. (Einzelfahrt 62 1/2 Pf.) wird eine Mehrbelastung von 28—29 Millionen erwartet. Dabei ist mit einem Verkehrszunahme von allerdings nur 20 Proz. gegenüber dem Verkehr beim 50-Pf.-Tarif gerechnet worden. Beim 50-Pf.-Tarif war mit einem Anstieg von 15 Proz. gegenüber dem 30-Pf.-Tarif gerechnet worden und die Erfahrung hat die Richtigkeit dieser Annahme im allgemeinen bestätigt.

Wenn diese Rechnung nicht ohne die Berliner Bevölkerung gemacht wäre, könnte man den Eindruck gewinnen, daß alles im Lot ist.

Heute wird umsonst rasiert und frisiert. Die Berliner Friseur-Assoziation, die sich zurzeit im Streik befinden, wollen ihren Lohnkampf so führen, daß das Publikum keine Schädigung erleidet, und wollen jedem, der zu ihnen kommt, gratis rasieren und frisieren und ihm die Haare schneiden. In vierzig Lokalen wird das Publikum Gebrauch von dieser vorzüglichen Einrichtung machen können. Durch Handzettel und Plakate werden heute die Adressen dieser Gratis-Friseur-Lokale bekanntgegeben.

Die „Technische Nothilfe“ soll für Zeitungspapier sorgen. Wegen der Bedrohung der Zufuhr von Zeitungspapier nach Berlin durch den Binnenschiffverkehr und wegen der damit verbundenen Gefahr, daß das Erscheinen der Berliner Zeitungen in Frage gestellt werden könnte, hat der Reichsminister des Innern die „Technische Nothilfe“ angewiesen, sorgfältig alle für die Herstellung und Auslieferung des Zeitungspapiers notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Kein Mietzuschlag von 40 Prozent. Die durch verschiedene Wähler gebende Nachricht, daß der preussische Minister für Volkswirtschaft sich bei der Einführung einer Höchstpreize für Mietzuschläge mit einem Zuschlag von 40 Proz. einverstanden erklärt habe, beruht, wie W.B. mitteilt, auf Erfindung.

Sommerpause für die Sammelheizung. Die Kohlenstelle Groß-Berlin teilt mit, daß von Montag, den 17. Mai ab der Betrieb von Sammelheizung bis auf weiteres derhalten ist.

### Neuköllner Stadtverordnetenversammlung.

In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurden wieder einige Sachbewilligungen beschlossen. Darunter war die durch Steigerung der Futtermittelpreise notwendig gewordene Bewilligung sehr erheblicher Mehrkosten für Pferdeunterhaltung bei der Straßenreinigung in 1919. Die ursprüngliche auf 210 000 M. veranschlagten Kosten wurden schon einmal um 150 000 M. und jetzt auf neue um 50 000 M. erhöht, so daß sie sich nun auf 410 000 M. stellen. — Dem Zoologischen Garten, der infolge bedeutender Kostensteigerung für 1920 auf 630 000 Mark Höchstbetrag rechnet, wurde eine Beihilfe von 10 000 M. bewilligt. Dafür haben Schulaffen freien Eintritt zum Zoologischen Garten und zum Aquarium. Andere Gemeinden zahlen gleichfalls Beihilfen, Berlin 100 000 M.; auch der Staat sichert 100 000 Mark zu. — Der mit dem Beamtenwohnungsvertrag in im vorigen Jahre geschlossene Kaufvertrag über einen Baublock im neuen Wohngebiet wurde abgeändert. Er bleibt aufrecht erhalten nur für das erste Drittel des Baublocks, weil nur für dieses die Bauförderungsschüsse gesichert sind und damit dem Verein die Bewohnung möglich wird. Gewährt wird für das zweite Drittel das Optionsrecht, für das dritte nur das Verkaufrecht.

Zur Bänderung der Wohnnot sollen am Rönneborfer Weg noch drei Wohnhäuser mit zusammen 12 Wohnungen von 2 Zimmern und Küche aufgestellt werden. Die Kosten betragen 570 000 M., pro Wohnung 47 500 M. Von dem demokratischen Seite wurde bei dieser Gelegenheit wieder mal die eigene Kasse demängelt; und der „freie Wettbewerb des Unternehmertums“ gepriesen, bei dem angeblich die Kosten geringer sind. — Infolge der Steigerung der Preise und Löhne ist in den Kranzenghäusern eine neue Erhöhung des Kurkostenfaches notwendig geworden. Rünftig haben zu zahlen in der dritten Klasse Einheimische und vier Erwachsene 9 M., Kinder 6 M., Auswärtige und vier Erwachsene 12 M., Kinder 9 M., in der zweiten Klasse Einheimische 30 M., Auswärtige 35 M., in der ersten Klasse Einheimische 40 M., Auswärtige 45 M. Ebenso wurde im Pflegeheim der Kurkostenlage erhöht auf 4 M. (Rentenempfänger 3 M.). — Erhöht wurden infolge der Lohnsteigerung auch die Wartungskosten um 100 Proz. — Den Beamten und Festangestellten wurde, nach einer Vereinbarung mit den Groß-Berliner Gemeinden, auf die demnächstige Gehaltserhöhung ein Vorbehalt bewilligt, desgleichen den Lehrern.

Zur wirksamen Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll bei den vom Verkehrsbaubau geleiteten Tiefbauten die Zahl der Arbeiter von jetzt 5500 auf 5000 gebracht werden, die beim Ausbau der Industriebahn, der Hafens und Krananlagen und bei Brückenbauten zu beschäftigen sind. Die im Dezember 1919 auf etwas über 28 Millionen Mark veranschlagten Gesamtkosten werden nach dem jetzigen Preis- und Lohnstand auf 30 Millionen Mark geschätzt. Zu der bisher bewilligten Rate von 7 1/2 Millionen wurde eine zweite Rate von 10 Millionen aus einer neu aufzunehmenden Anleihe bewilligt. Ein demokratischer Redner wünscht, daß den Bauarbeitern Normalarbeitsleistung vorgeschrieben würde. — Die Unab-

hängigen forderien in einem Antrag die Zurücknahme der Kündigungen von Junglehrern an den Gemeindeschulen. Stadtschulrat Buchenau versicherte, bei den Kündigungen konnte es sich nur um eine Vorkehrungsmaßregel, die sich nachher wieder anlassen werden, hänge von den zur Verfügung vorhandenen Stellen ab. Ein Zusatzantrag der sozialdemokratischen Fraktion, den Schenkergründete, forderte für Vertreter und Vertreterinnen die volle Teuerungszulage. In der Debatte wurde auch eine Reihe anderer Schulfragen erörtert, darunter die Frage des Zuchtungsrechts. Der Stadtschulrat ist die beachtenswerte Beurteilung, gegen Mißbrauch dieses Rechtes gebe es nur ein Mittel, nämlich das, den prügelnden Lehrer öffentlich an den Pranger zu stellen. Mit dem Antrag der Unabhängigen wurde der Zusatzantrag anderer Genossen angenommen.

Eine Kundendemonstration gegen die Teuerung fand gestern abend in Neukölln statt. Mehrere hundert Frauen begaben sich nach dem Rathaus, wo um diese Zeit die Stadtverordneten-

## Oeffentl. Wählerversammlungen

Montag, den 17. Mai, abends 7 Uhr:  
Pahnhof-Brauerei, Turm, Ecke Stromstr.  
Pharmazie, Müllerstr. 142.  
Schulaula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstr. 25.  
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10/11.  
Union-Festhalle, Greifswalder Str. 222.  
Happoldt-Brauerei, Gräfenstraße.

Dienstag, den 18. Mai, abends 7 Uhr:  
Gewerkschaftshaus, Engelauer 15.  
Logenhaus, Alte Jakobstr. 128.  
Anhalter Ressource, Wödenstr. 114.  
Böhmisches Brauhaus, Landsberger Allee 11—13.

Mittwoch, den 19. Mai, abends 7 Uhr:  
Schulaula, Hohenlohestr. 10.

Freitag, den 21. Mai, abends 7 1/2 Uhr:  
Schulaula, Tiltter Str. 5.  
Nationalhof, Wiltschtr. 37.

Z Tagesordnung in allen Versammlungen:  
Die Reichstagswahlen und die Sozialdemokratie.  
Referenten: Barth, Bohm-Schuch, Dittmer, Richard Fischer, Hanna, Heumann, Heller, Koblenzer, Lüdemann, Rauscher, Riedger, Todenhagen, Sobotta, Robert Schmidt.

### Bezirksverband Groß-Berlin S. P. D.

Ihre Sitzung hatten. Die Teilnehmerinnen hatten sich nicht zufällig auf der Straße zusammengefunden, sondern es handelte sich um eine wohlüberlegte Veranstaltung. Das handelte die auf Teuerung, Hunger und Not bezüglichen Plakate, die mitgeführt wurden. Im Rathaus füllte sich die dem Stadtverordnetenrat vorgelagerte Halle samt den Treppen mit den demonstrierenden Frauen. Viele Stadtverordnete besaßen sich aus dem Saal hinaus in die Halle. Von der Galerie ihres obersten Stockwerkes sprach Bürgermeister Genoffe Scholz zu den Versammelten. Er forderte, daß bis zur neuen Ernte das Reich die Mittel zur Verfügung stellt, um eine Preissteigerung herbeizuführen. Ein Vorkommnismitglied wurde mit einer Deputation der Frauen an einem der nächsten Tage zum Reichs-ernährungsminister geleitet und diese Forderung vorbringen. (Beifall.) Diejenigen, die von der bisherigen Teuerung profitiert haben, könnten und müßten jetzt Verluste tragen. (Lebhafte Zustimmung.) Von den Unabhängigen ergreift Stadtverordneter Radtke das Wort. Das wichtigste, was wir brauchen, sei Arbeit. Wer die hat, sei eher in der Lage, Brot zu kaufen. (Lärmender Widerspruch.) Soeben habe die Stadtverordnetenversammlung wieder eine 10-Millionen-Vorlage zur Arbeitsbeschaffung angenommen. Er als Delegierter des Arbeitsamts könne sagen, daß zurzeit wenig zu machen sei, auch infolge der Wohnverengung der Binnenschiffer. Mit der Beschaffung von Arbeit für die Frauen habe es besonders schlecht. Stadtverordneter Künstler (unabhängig) verurteilt die Demonstration für die Wahlkategorie auszuweisen. Es sprachen auch einige Frauen. Ueber das Ergebnis ihres Besuchs beim Ernährungsminister wollten sie in öffentlicher Frauenversammlung berichten. Die Demonstranten verließen das Rathaus in Ruhe.

Der Vortrag in Potsdam „Die Leibe unsere Lebensmittelversorgung verbessern“, den Redakteur Mouracher in der Aula des hiesigen Realgymnasiums, Kaiser-Wilhelm-Straße, hielt, findet, entgegen unserer gestrigen freundlichen Mitteilung, erst heute abend 7 1/2 Uhr statt.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

### Heute, 15. Mai:

- 4. Abt. 6 Uhr, bei Rieck, Steinmetzstr. 30a: Sitzung der Abt. Funktionäre und Betriebsvertrauensleute.
- 19.—22. Abt. 7 Uhr, Funktionärsitzung bei Bauer, Gr. Frankfurter Straße 1.
- 23. Abt. 7 Uhr, im „Bernauerer Schloß“, Bernauerer, Ecke Winger Str.: Sitzung sämtlicher Parteifunktionäre, Betriebsräte, Betriebsvertrauensleute und Elternbeiräte.
- 24. Abt. 7 1/2 Uhr bei Winger Sitzung der Gruppen- und Bezirksführer.
- 33. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung der Abteilung bei Gilmwald, Quifauer Str. 24.
- 34. Abt. 7 Uhr: Sitzung der Parteifunktionäre und Betriebsvertrauensleute bei Ohlig, Strellender Straße 11.
- 39. Abt. 7 Uhr bei Berger, Jagowstr. 21: Kührenöffentliche Funktionärsitzung der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute.
- Verein sozialdemokratischer Polizeibeamten Groß-Berlin. 8 Uhr, in Gauerlands Festhallen, Saal 4: Sitzung aller Ob- und Vertrauensmänner der Mannen, gelinen und Kriminalpolizei.
- Beamtinnen und Angehörige der Reichsbank, Reichsbrauerei, Reichswirtschaft, Reichsbernährung und Reichsjugendkammer. Die Handzettel zur Versammlung am Montag, in der Alten Jakobstr. 32, abgeholt werden.
- Charlottenburg. 7 Uhr: Gohleabend der 11. Gruppe bei Kant, Dorfstr. 25.
- Tempelhof. Der Vorkommnisvortrag: „Ueber Arbeitschule“ kann umhände bald heute nicht stattfinden.
- Treptow-Baumhulsenweg. 6 Uhr: Handzettelverteilung im Dist-

teil Treptow von den Bezirkslokalen, im Distell Baumhulsenweg vom Lokal 204, Baumhulsenstr. 72, aus.

Niederhörschloß, 7 1/2 Uhr im Lokal 204, Treptowstraße, Ecke Schilderstraße: Funktionäre und Betriebsvertrauensleute.

Bernau. 7 Uhr bei Rottwald, Kellerstr. 82: Mitgliederversammlung. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung Erscheinen aller Mitglieder unbedingt Pflicht.

### Morgen, 16. Mai:

- 3. Abt. Nachmittags 4 Uhr: Sitzung des Vorstandes, der Bezirksführer und Betriebsvertrauensleute bei Pitzsch, Schönberger Str. 16.
- 14. Abt. Abends 6 Uhr: Handzettelverteilung bei Krüger, Ungelerstr. 18, und Koble, Neue Potsdamer 1, Ecke Anhalter.
- 21. Abt. Die Wahlleiter der Sonntag Rottwilder Elternbeiräte werden sich um 1/2 Uhr bei Sonnabend, Winger Str. 12.
- Jungsozialistische Vereinigung (S. P. D.) Wahlmandatierungen: I. Ortsgruppen Lichtberg, Lichterfelde: Niedermaide-Kammer-Gr. Böhmische-Heidenfeld-Schulz-Gr. Schöneberg-Kandorf. Treffpunkt für Lichtberg: 7 Uhr bei Franz, Allee; für Lichterfelde: Str. 21, 7 1/2 Uhr. II. Ortsgruppe Neukölln: Straußberg-Kleinendort-Kreide-Berder-Gumborf-Lichtenow-Herzfelde. Treffpunkt: 6 1/2 Uhr Schillerstr. Bahnhof, Gumbelmann. III. Ortsgruppe Tempelhof: Mariendorf: Rg. - Mutterhausen - Bernsdorf - Gadow - Bindow - Guffow - Grödenhof - Jeesen - Rg. - Mutterhausen. Treffpunkt: 6 1/2 Uhr bei Tempelhof.

## Jugendveranstaltungen.

### Heute, abends 7 1/2 Uhr:

Für Abteilungsabende! Im Zentraljugendheim. Lindenstraße 8: Abteilungsabende. Neuberger wichtige Tagesordnung. Ausweiskarten mitbringen.

Gesundbrunnen. Nachmittags: Ermer-Boitersdorf-Häbersdorf. Treffpunkt: Sonnabend 7 Uhr Bahnhof Gesundbrunnen, Eingang Badstraße.

### Morgen, Sonntag, 16. Mai:

Neukölln. Wanderung: Straußberg-Sittenhof-Schmer. Treffpunkt: 1/2 Uhr, Hermannplatz. — Pankow. Wanderung nach Ermer, Pankow, Berlin. Treffpunkt: 6 Uhr, Badstraße. — Reinickendorfer Wald. Wanderung nach den Wäldchen. Treffpunkt: 7 Uhr, Reinickendorfer Wald. — Wedding. Wanderung: Zegel-Dickensberg. Treffpunkt: 1/2 Uhr, Kettelschlag.

## Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Solidarität“, 2. Abt. Sonntag früh 6 Uhr nach Pankow (Abt. 10), nach 1 Uhr nach Dabendorf (Seefeld). Sämtliche Starts: Fontane-Bromenade 18. Jungfrauen nach Böhlig und Berlin. — Freireligiöse Gemeinde. Sonntag vormittags 11 Uhr im Stadthaus, Klosterstr. 50: Vortrag von Dr. D. Haff: „Reinigen — Entsetzen“. Harmonium: Berceuse (Gobard).

## Gerichtszeitung.

### Rektor Bod vor Gericht.

#### „Praktiken eines Berliner Kriminalkommissars“

Beiz der Titel einer Streitschrift des ehemaligen Direktors Robert Bod, die dem Verfasser eine Anklage wegen Verleumdung des Kriminalkommissars Hauptmann a. D. Toussaint zuzugewandt hat. Die Verhandlung des umfangreichen Prozesses begann heute vor der 3. Strafkammer des Landgerichts III unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bez. Dem Angeklagten stehen die Rechtsanwältin Bah, Kallensack und Schröder zur Seite. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Gollnitz. Der Angeklagte ist im März 1911 wegen Vornahme unzulässiger Handlungen an Schülerin von 14 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Er hatte von Anfang an mit allem Nachdruck behauptet, daß er das Opfer falscher Aussagen sei, die von den Belastungszeuginnen durch den Kriminalkommissar Toussaint so bearbeitet worden seien, daß sie schließlich alles bejahten, was Herr Toussaint unter Anwendung von Drohungen von ihnen herauszujagen wollte. Alle Versuche des Angeklagten, seine Unschuld zu beweisen, nuzten nichts; er hat seine Strafe verbüßen müssen. Dann erfolgte das Ungewöhnliche: Vier Belastungszeuginnen widerriefen ihre belastenden Aussagen und gaben schließlich eidesstattliche Versicherungen ab, dahingehend, daß Rektor Bod niemals gegen sie irgend etwas Unrechtes unternommen habe und sie nur durch die Bedrängungen durch den Kriminalkommissar Toussaint zu ihren falschen Aussagen bewegt worden seien. Die darauf von Rektor Bod unternommenen Schritte, eine Wiederaufnahme des Verfahrens durchzusetzen, die durch alle Instanzen gingen, wurden überall abgelehnt und der Angeklagte ging nun dazu über, ein Reineidsverfahren gegen die betz. Zeuginnen durchzusetzen. Aber auch dies schlug fehl, da die Zeugin, die ihre Belastungen widerrufen hatten, nunmehr diesen Widerruf widerrufen. In seiner Verzweiflung gab dann der Angeklagte eine Schrift heraus, die die schwersten Anklagen gegen Toussaint und das Verfahren bei Erledigung von Anträgen auf Wiederaufnahme des Verfahrens erhob. Rektor Bod wurde unter Anklage gestellt. Das Verfahren mußte damals abgebrochen werden, weil der Angeklagte erkrankte. Als nach Jahr und Tag die Verhandlung wieder aufgenommen wurde, endete sie mit der Einstellung des Verfahrens teils wegen Verjährung, teils weil die Anklage eingetruen war. Der Angeklagte ruhte aber nicht, sondern verfaßte die jetzt inkriminierte Streitschrift. Damit erreichte er, daß nunmehr Anklage gegen ihn erhoben wurde.

Als Nebenkläger ist Kriminalkommissar Toussaint erschienen.

Der Angeklagte behauptet in langer Darstellung der Einzelheiten seiner Erlebnisse abermals, daß er vollständig unschuldig sei. Der Angeklagte behauptet, daß Toussaint sich außer der Verleumdung des doppelten Vorwurfs und der Beeinflussung der Zeugin schuldig gemacht habe.

In der gestrigen Verhandlung wurden einige der früheren Schülerinnen Bods, die zum Teil jetzt verheiratet sind, vernommen. Sie bekräftigten im wesentlichen, seinerzeit unter dem Zwang des Kreuzverhörs unglückliche Aussagen für Bod gemacht zu haben, die sie in der gestrigen Verhandlung widerriefen. Rektor Bod habe sich nicht an ihnen vergangen.

Die Beweisaufnahme soll am Montag fortgesetzt werden.

## Sport.

5 245 950 M. Beitrag der Totalfotosumme am letzten Grunwaldtag. Bei dem letzten toten Rennen im Grunwald Park-Einfiedler gab die Zielfotographie amtlich den Ausschlag. Gorden, am Mittwochvormittag nämlich, war nochmals das photographische Verfahren genau geprüft worden, wobei einwandfrei festgestellt wurde, daß eine Fehlerquelle bei der Zielfotographie vollkommen ausgeschlossen ist.

**Alte Gebisse**  
Stiftzähne bis 375,00 M.  
Knopfzähne 4,00, auch einzelne Zähne  
Gold- und Silberbruch  
Einkaufsstelle  
Prinzenstr. 71  
Größen 9-6 Uhr

**„Brillanten“**  
Perlen, Platin, Gold-Bruch  
kauft zu gewissenhaften Preisen  
„Veritas“, Jägerstraße Nr. 10  
Dynamo-, Spulendrähte u. blanke Drähte  
Elektro-Büro Lustig & Co., Königsplatz 62/2 u. 331.

**Kleine Anzeigen**  
im „Vorwärts“  
sind billig und erfolgreich!

**Trotz Preissturz**  
bis ich ständig Abnehmer  
von sämtl. Zeitungen, Zei-  
tungen, Zeitschriften, Bü-  
chern mit u. ohne Deckel,  
Skripturen, Akten usw.  
Neukölln,  
Fritz Seydlitz Hermannplatz 4  
Geschäftszeit 8-12, 1/2-3 Uhr, Sonnabend 8-12 Uhr  
Dis Dienstag, den 18. Mai,  
zahle ich bei Anliefer-  
ung für gebrauchtes,  
unvermischtes Zeitungspapier pro Kilo  
**1,30 M.**







## Bekanntmachung

betreffend  
den Ertrag für einen verstorbenen und 5 ausgelebene Stadtverordnete.

Nach der von mir auf Grund der Bestimmung des § 8 der Verordnung über die anderweitige Regelung des Gemeindefinanzwesens vom 24. Januar 1919 sowie der §§ 35 und 39 der Wahlordnung für die Wahlen zur verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung vom 20. November 1918 in Verbindung mit dem § 21 des Reichswahlgesetzes vom 30. November 1918 vorgenommener Festsetzung treten als Erbschaftsmasse in die Stadtverordnetenversammlung in Berlin ein:

1. An die Stelle des am 1. d. Mts. verstorbenen Stadtverordneten Emanuel Sturm der nächste Bewerber aus dem Wahlbezirk 2, Hermann Weil

der Kaufmann Julius Moses,  
S 61, Bismarckstraße 37a.

2. An die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Kurt Brandenburg — der der Fabrikbesitzer Karl Adlers, Prinzessinnenstraße 54, die Annahme des Stadtverordnetenamtes abgelehnt hat — der nächste Bewerber aus dem Wahlbezirk 1, Friedrich Raumann

der Fabrikbesitzer Moritz Rosenthal,  
C 2, Stralauer Straße 44/45.

3. An die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Emil Hatzelstein der nächste Bewerber aus dem Wahlbezirk 1, D. Friedrich Raumann

der Professor Dr. Paul Ritter,  
W 9, Königsplatz 94.

4. An die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Karl Lubowitz der nächste Bewerber aus dem Wahlbezirk 1, D. Friedrich Raumann

der Gewerbetreibende Karl Dittmann,  
O 17, Rotherstr. 27.

5. An die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten James Troppitz der nächste Bewerber aus dem Wahlbezirk 1, D. Friedrich Raumann

der Handelsrichter Georg Jürgens,  
SW 11, Hallesche Straße 21.

6. An die Stelle des ausgeschiedenen Stadtverordneten Oscar Hübnert als nächster Bewerber aus dem Wahlbezirk 1, Hugo Heilmann

der Arzt Dr. Otto Stulz,  
NO 43, Neue Königstr. 71.

Berlin, 8. Mai 1920.

Der Kommissar des Magistrats,  
Cochning, Stadtrat.

(Erg. Nr. 683, Wahl. 20.)

## Bekanntmachung.

Die Gültigkeitsdauer der Abschnitte Nr. 57 der laufenden Berliner Halbjahresverzeichnisse, die infolge des Schließens der Verzeichnisse zum 15. Mai nicht beliefert werden können, wird bis Ende Mai verlängert.

Berlin, den 12. Mai 1920.

Magistrat.  
Zustellungsstelle.  
Dr. Reimann.

(Erg. Nr. 683, Wahl. 20.)

## Große, sehenswerte

# Möbel- Ausstellung

Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, Wohnzimmer, Wohnsalons, Dielen, Küchen usw. usw.

Verkauf zu sehr soliden Preisen.

Echte Perlen und deutsche Teppiche, Echte Krittalle, Porzellane, Kronen, Klüpfel u. Solas in Leder und Gobelin. Kunstmöbel aller Art.

## M. Schlewinsky & Co.

Berlin C, Dirschenstraße 31  
am Bahnhof Alexanderplatz, Ecke Königsgraben.

## Metallankaufsstelle Osten

Andreasstr. 33, — vis-a-vis der Markthalle —  
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

## Ankauf von Juwelen

Margraf & Co. G.m.  
b. H.  
Kanonierstr. 9

## oparfa' Zahn- pasta

wie erstklassige kosmetische Präparate  
Berlin SO 16, Cöpenicker  
merie-Fabrikation, Straß 112, Moritzpl. 11981

## Besonders billige Angebote

- Joppe u. Breches schöne Muster, haltbare Stoffe . . . . . 790.— M.
- Jackett-Anzug modernste Form, prima Zutaten . . . . . 675.—
- Marengo-Sommer-Paletot guter Cheviot, Ia Ausführung . . . . . 590.—
- Covercoat-Sport-Paletot Seldenfutter, Ersatz für Maß . . . . . 890.—
- Gummi-Mantel gute Qualität . . . . . 490.—
- Cutaway u. Weste marengo Cheviot feinste Ausführung . . . . . 590.—
- Hose für Werktag, kräftige Ware . . . . . 112.50
- Hose eleganter Streifen, für Cutaway . . . . . 290.—
- Jackett-Anzug für junge Herren, modernste Formen, Gr. 36 . . . . . 390.—
- Knaben-Anzug Joppe und kurze Hose für 9—10 jährige Knaben 227.50

# BaerSohn

Keine Filialen mehr Nur Chaussee-Straße 29-30



## Öffentliche Bekanntmachung zu den Reichstagswahlen.

Auf Grund des § 28 der Reichswahlordnung vom 1. Mai 1920 habe ich berufen und durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet für den Wahlaufsicht:

a) des Wahlkreises 2 (Berlin), umfassend den Stadtkreis Berlin.

- I. zu Beisitzern:
1. den Stadtverordneten Otto Franke, Berlin R. 39, Rotherstr. 14.
  2. den Stadtverordneten-Beisitzer Dr. Hermann Weil, Berlin R. 54, Sothringstr. 43.
  3. den Stadtverordneten, Fortbildungsausschussdirektor Otto Reizen, Berlin R. 1, Reifstr. 14.
  4. den Stadtverordneten Herr Dr. Julius Koch, Berlin O. 112, Comarierstr. 27.

b) des Wahlkreises Brandenburg I, umfassend den Wahlkreis 2 (Berlin) und den aus den Stadtkreisen Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Neukölln und Berlin-Wilmersdorf, sowie aus den Kreisen Teltow und Pieskow-Storow bestehenden Wahlkreis 3 (Potsdam II).

- I. zu Beisitzern:
1. den Stadtverordneten Otto Franke, Berlin R. 39, Rotherstr. 14.
  2. den Stadtverordneten, Fortbildungsausschussdirektor Otto Reizen, Berlin R. 1, Reifstr. 14.
  3. den Oberlehrer Dr. Kühne, Reuthstr. 12.
  4. den Beamten Selmann, Berlin-Wilmersdorf, Auguststr. 42.

II. zu Stellvertretern:

1. den Stadtverordneten Fritz Wolke, Berlin R. 65, Hildesheimerstr. 4.
2. den Stadtrat August Hinge, Berlin R. 30, Pantstr. 57.
3. den Stadtrat Wilhelm Bense, Berlin NW 21, Turmstr. 38.
4. den Stadtverordneten Dr. Karl Hammerich, Berlin O. 34, Weidenweg 24.

Berlin C. 2, Stralauer Straße 44/45 (Wahlbureau des Magistrats), den 14. Mai 1920.

Der Kreiswahlleiter  
des Wahlkreises 2 (Berlin) und der Verbandswahlleiter  
des Wahlkreisverbandes Brandenburg I.

Cochning, Stadtrat.  
(Erg. Nr. 683, Wahl. 20.)

## Kaufen Sie zum Pfingstfest:

- ein festes Kostüm  
wie Abbildung  
nur M. 385.—
- oder ein hüftiges  
Commerciell  
wie Abbildung  
nur M. 176.—

\* Regen- u. imprägnierte Seidenmäntel, Sportjacken, Covercoat-Paletots, Röcke, Blusen, Kinder- u. Badstoffkonfektion.

## Oskar Wollburg

Berlin · N · Brunnenstr. 56-52



## Ein neues Gesicht

Der einzige Weg zur Beseitigung aller Hautunreinheiten, Verunreinigungen, Pickel, Mitesser durch vollständige Erneuerung der Gesichtshaut mit der seit fast 50 Jahren erprobten bewährten u. einzig wirkungsvollen

## Schälkur

Die neue Gesichtshaut entsteht durch in vollkommener Reinheit, befreit von allen Hautfehlern, Haut 18.50 nach Zugabe des erprobten Nachhilfs Mittels.  
Otto Reichel, Berlin 43  
60, Rosenstr. 4  
Spezialhaus für biologische Haut- u. Schönheitspflege

## 1000 Mark

100 Mark, 10 Mark usw., im ganzen 1000 Mark, verteilt in 1000 Runden 1872

## Grammophon-Platten

geboughte, auch zerbrochene, laufe jedes Quantum.  
Weißberger, Mühlent. 128a.

## Bettmässen.

Befreiung sofort.  
Alter u. Geschlecht angebend.  
Ausk. umsonst. Aeltest. u. bewährte ges. Methode.  
Institut Engbrecht  
München 5 367, Kapuzinerstr. 2.

## Spezialarzt

Dr. med. Wockentz  
Friedrichstr. 126  
Sonnt. 11—1. Capilla, Horn, Frauenleben, Buntunterjuch, Schnelle, sichere, schmerzlos, ohne Berufshörung, Teilhabig.

## J.F. Rauch

Alle Wein-Stuben  
Friedrichstr. II, Brunnenstr. 174  
neb. Goldgesch. Busse - Große  
Frankfurter Str. 112 neb. Jandori  
Invalidenstr. 164, Hauptkontor  
und Grasso-Verkauf N 4,  
Bergstr. 34, am Stett. Bahnhof  
Köler deutsch. Weinbrand:

## Derby- Cognac

Zuckergesüßter Sekt.  
Kräftiger Dänen-Hobro.  
Echter Douro-Portwein, in  
Portugal auf Flaschen gefüllt  
Zuckergesüßter, feinsten  
Johannisbeerwein  
Maitrank

## Alte Gebisse

heute M. 9.— p. Zahn  
(bei Echtheit)  
Knopfstiftzähne M. 5.—  
hohe Pr. Zahntechn.  
Laborator. 1/20  
Rosenzweig,  
Oranienburger  
Straße 38,  
zwischen Artillerie- und  
Friedrichstraße.

## Platin- Gold-Bruch,

zur Damen- und  
Herrenbekleidung  
Futterstoffe / Käppi-  
Konfektion  
10r Damen u. Mädch.  
Maßanfertigung  
C. Pelz  
5 Kottbuser Str. 5

## Elektromotore

Gleichstrom :: Drehstrom  
kauft  
Ingenieurwaren Schlichting  
Berlin W 1, Linkstr. 10,  
Tel. Lützow 3705 und 3515.

## Möbel

liefert zu mäßigen Preisen  
Bürgerliche  
Wohnungseinrichtungen  
in großer Auswahl.  
Einzelne Möbel  
Farbige Küchen  
Teilzahlung gestattet!  
Beiser  
Lothringer Str. 67.  
Gekaufte Möbel können  
beliebige Zeit kostenlos  
lagern. Besuch lohnend.

## Zwirn

1000 Rädchen M. 250.— frei.  
Masch.-Garn  
100 Rollen M. 250.— frei.  
Versandhaus "Roths"  
Derisgrün 8.

## Photoapparate

Prismenbrinoklets kauft zu  
günstigen Preisen Steckel-  
mann, Potsdamer Str. 135.

## Enorm billig ist unser heutiges Pfingst-Angebot in prima Schuhwaren

Durch direkte Fabrikabschlüsse, billige Etagen-Miete, wenige Spesen und geringen Nutzen sind wir in der Lage, Ihnen ganz besondere Vorteile beim Einkauf von prima Schuhwaren zu bieten. Sie tun gut, sich ohne jede Kaufverpflichtung davon zu überzeugen.

## Einige Beispiele unserer enormen Leistungsfähigkeit:

Kinder-Lederstiefel  
mit kräftigen Ledersohlen,  
schöne breite Formen  
21/22 15.55  
31/35 27/30 25/26 23/24  
Gr. 69.— 65.— 52.— 49.—

Weiß Leinenschuhe  
für Damen in Schnür und  
Spange, schönste Formen,  
schick., hoh. Abs. 95.—, 85.— 69.—

Knabenstiefel Wanderlust  
ohne Futter mit extra kräftigen  
Sohlen, breite, hygienische  
Formen, Gr. 36/39 nur 120.—

Damen-Straßenschuhe  
aus feinem, weichem Leder,  
auch mit Spange, hoher  
schicker Absatz 165.—, 145.— 125.—

Herren-Straßentiefel  
aus prima Box-Rind schönste,  
neue Formen mit Derby-  
schnitt, besonders billig, nur 175.—

## Schuhvertriebshaus Alexanderplatz Neue Königstraße 47

Hochparterre, kein Laden.

## Stellenangebote

Nabelmacher,  
gewandt in der Herstellung  
von Lampenschirmen, findet  
sich sofort dauernde Beschäftigung.  
187/1\*

Fredericia  
Lampeskaermsfabrik A/S,  
Vendersgade 52,  
Fredericia, Dänemark.

## Auf's Land.

Junge Mädchen werden für  
Haus- und Handarbeit be-  
zahlt. Meisten erwünscht, aber  
nicht Bedingung. Reise frei.  
Arbeiten mit Papieren im  
Arbeitsnachweis der Stadt Ber-  
lin, Banbaurichterliche Abtei-  
lung, Köpenicker Str. 9. Vermittlung  
kostenlos. 120/1

## Zinndreher und Löter,

in allen Arbeiten der kunstge-  
werblichen Zinnschmelzbranche  
besonders feine Stellen. Gehalt  
auch ins Ausland. Off. unter  
S. 53 an die Hauptred. des  
Formbills. 6000

## Röntgenlinsgläser

wichtig, eingearbeitet, werden  
sofort gesucht.  
58/19

## Watt A.-G.,

Berlin, 58/19  
Johannistrafte 14-15.

## Geschulte Drehler, Bohrerbetriebe und Kupferhämmer

finden vorzügliche Stellen  
bei  
68/12  
Luth & Rosens Elektrika A/B  
Verkstaden.  
Eskilstuna, Schweden.

## Stenotypistinnen erste Kräfte

die befähigt sind, einem größe-  
ren Bureau selbständig vor-  
zustehen, sofort gesucht.  
Meldungen: 12—2 Uhr mittag  
oder 5—6 Uhr abends.

## A. Jandorf & Co.,

Belle-Alliance-Str. 1/2.  
gesucht für Anzugs-Beamen-Fabrikation (speziell Strickentwerfer)  
Offerten sind zu richten an die Personalverwaltung der Bayerischen Motorenwerke, München 46, Theodorstr. 50.



# Konferenz des Reichsbeamtenbeirats der S. P. D.

Die Bedeutung der Stellung erkennend, die der Beamte in der Deutschen Republik einnimmt, hatte der Parteivorstand zu Anfang eine Sitzung des Reichsbeamtenbeirats einberufen, in der die Beamten Stellung zu der Beamtenfreundschaft der Bürgerlichen Parteien nehmen konnten und die Frage zur Diskussion stand: Was hat die Sozialdemokratie bisher für die Beamten getan, und was können die Beamten zur Sicherung der Republik leisten?

Vertreten sind 26 Bezirke aus dem ganzen Reich, der Parteivorstand durch Genossen Pfannkuch, die Reichstagsfraktion durch Genossen Steinlopp, die Landtagsfraktion durch Müller-Dannow, ferner die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer.

Genosse Adolf Ritter referierte über das Thema: Die Beamten und die kommenden Wahlen

und zeigte an der Hand eines reichhaltigen Materials, welche bedeutungsvolle Stellung der Beamte in der Republik einnimmt, und wie gerade unsere Partei unaußersächlich bemüht ist, die Rechte der Beamten zu erweitern und zu festigen. Ritter führte u. a. aus:

Diesmal geht es um die Sicherung der Republik. Dies muß die oberste Aufgabe aller Wähler sein; um die Stimme des Beamten werden am 6. Juni alle Parteien, besonders diejenigen, die in dem Beamten stets nur ausführendes Vollzugsorgan eines monarchistischen Systems sahen. Unsere Grundgedanken haben wir klar und bestimmt zu vertreten gegenüber allen Parteien. Da ist zunächst die Groß-Deutsche Freiheitspartei. Sie will der große Kessel aller unzufriedenen Elemente sein, wird aber bestimmt nicht auf ihre Rechnung kommen. (Hat inzwischen auf Wahlbeteiligung verzichtet.)

Bezüglich unserer Stellung zur U. S. V. geht Redner auf die vorübergehende Koalitionspolitik

ein, die nicht so recht beliebt werden konnte infolge der vielen Anuppl, die uns unsere Freunde von links zwischen die Beine warfen. Waren die gegenwärtigen Zustände für die Unabhängigen wirklich so miserabel, so hätten sie beim Kapp-Putsch nur Gemein bei Fuß stehen bleiben zu brauchen; denn schließlich konnte es ihnen ja gleichgültig sein, ob wir geboten oder gefressen werden. Grundsätzliche Anhänger der Koalitionspolitik sind wir nicht und können wir nicht sein. Unsere Pflicht ist es, dies den Wählern zu sagen, deren einzelne Stimme heute bedeutungsvoller ist als früher.

Genosse Ritter erwidert an Hand der einschlägigen Gesetzesbestimmungen die Wahlausichten unserer Partei, die uns siegesicher stimmen können. Durch den letzten Putsch sind zwar manchem die Schnuppen von den Augen geschlossen, aber weite Beamtenkreise torlehn noch hinter den Deutschnationalen her, und diese Kreise können bestimmen die Politik beeinflussen. Wir sind auch mit weiten Arbeitern durch

Annahme des Betriebsratsgesetzes

in Meinungsdivergenzen geraten, trotzdem wird dieses Gesetz jetzt verteidigt. Es ist eben das Produkt einer Koalitionspolitik, wie das Bürgerliche Gesetzbuch ebenfalls ein solches Produkt ist. Sollten wir nach dem 6. Juni geschwächt in den Reichstags einzutreten, so wird die Koalitionspolitik neu aufleben, weil ohne eine sozialistische Mehrheit ein Regieren gegen das noch überaus harte Bürgertum gänzlich unmöglich ist. Aus der verschiedenen Parteipositionen kann heute nichts Einheitsliches zustande kommen. Von diesem Standpunkt aus betrachtet, ist der der Kommunisten noch immer der konsequente. (Sehr richtig!)

Die Aufgaben, oder besser: die Gesichtspunkte des kommenden Reichstages werden uns weiter zum Handeln zwingen. Da ist zunächst das Bürgerliche Gesetzbuch, das grundlegend umgewandelt werden muß, und zwar nur durch intensive Mitarbeit unserer Partei. Dann das Strafgesetzbuch, das Beamtenrecht und ähnliche

unaufflösbare Reformen

können ohne unsere Mitarbeit gar nicht in unserem Sinne gelöst werden. Genosse Ritter unterfucht nun die Stellung, die die einschlägigen Rechtsparteien auf die Beamten im Staatsdienst ausüben; geht doch aus einem Beamtenjahr vom Jahre 1889 her hervor, daß für die Beamten das alte Wort galt: Was Brot ich esse — das Brod ich singe. Nicht einmal im kommunal-dienst durfte sich ein Beamter als Sozialdemokrat bezeichnen. Heute fragen wir uns, wie eine solche

Abhebung des Geistes

durch die Deutschnationale Volkspartei möglich war. Unsere Verwaltungsmaschine läßt sich auch heute noch nicht durch einen Gebel-draht umhüllen, es muß das hier gelöst werden, weil viele wertvolle Kräfte bis tief in unsere Kreise vorbanden sind. (Zusammenfassung.) Aus seiner reichen Praxis auf dem Gebiet der Kommunalpolitik schildert der Redner, welche Latt wir Sozialdemokraten den Beamten gegenüber, die sich nicht als herrschende Hierarchie, sondern als Bollsgenossen unter Bollsgenossen betrachten dürfen, behandeln müssen. Die Unabhängigen und Kommunisten haben ein klares Programm in bezug auf Beamtenfragen nicht. Wir sind die einzige Partei, die die verfassungsmäßige Aufgabe zu lösen hat; darum: Auf in den Kampf, vorwärts zum Sieg! (Bravo!)

In der Diskussion

betont Huben, daß wir mit Zuversicht in den Wahlkampf ziehen können. Die Sozialdemokratie ist die einzige Partei, die lange vor der Revolution sich der Beamtenfrage angenommen hat. Den Unabhängigen gegenüber können wir heute, ohne großen Widerspruch zu finden, feister auftreten als früher. Eine geistige Umleitung der Beamten und auch der Arbeiter muß von uns angeführt werden.

Ein Vertreter aus Uelzig berichtet über den Stand der Bewegung in Obersachsen und fordert: Erfüllung der Versprechungen in bezug auf die Demokratisierung der Verwaltung. — Steinlopp (Reichstagsfraktion) zeigt den Weg, wie unter den Beamten zu agitieren ist, und beantwortet einige Fragen. Seine Ausführungen gingen, mit welcher Dignität für die Beamten unsere Partei stets eingetreten ist. — Westphal: Viele glaubten am 9. November 1918, jetzt ist es Zeit, Sozialdemokrat zu werden, um schneller etwas zu werden. Diese Ansicht muß verschwinden. Wir wollen die erworbenen Rechte nicht antasten; das zeigt deutlich die neue Reichsverfassung, die ausdrücklich den Beamten werden ihre vertriebenen Rechte nicht genommen. Es ist falsch, nur immer über Befol-dungsfragen zu sprechen, die Beamtenfrage ist eine politische Frage; die Liebesbrüder der Kluft zwischen geistigen und Handarbeitern muß unser Ziel sein. — Kellar (Stuttgart): Das Arbeiter für unsere Partei wird und in Württemberg dadurch stark verleiht, daß einzelne Beamtengruppen ihre Sonderwünsche höher stellen als das Parteinteresse. Unser Programm findet unter den Beamten in Württemberg immer größeren Anklang. Der Beamte muß endlich lernen, ebenso wie der Arbeiter für die Partei Opfer zu bringen. — Wittmayer (Ahl) will die Frauen stärker herangezogen sehen, in Schleswig-Holstein sind damit günstige Erfahrungen gemacht.

An der weiteren Debatte, die sehr anregend verlief, beteiligten sich noch Vertreter aus Dresden, Leipzig, Berlin, Hamburg, Görlitz, Chemnitz und Bielefeld, die alle ihre Erfahrungen zum besten geben und mit Nachdruck darauf hinweisen, daß die Demokratisierung von heute auf morgen sich nicht durchführen läßt und daß die Beamten aus sich selbst heraus sich demokratisieren müssen. Der Tätigkeit des Beamtenfeldes Thomas wird Anerkennung gezollt und dem Parteivorstand bedankt, bei den Organisations dahin zu

# Der Wahlkampf.

## Der Schwerverwundete als Wahlvorspann.

Wer hat sich der Kriegsbefähigten angenommen?

Al und jedes muß jetzt für die Reaktion zur Stimmungsmache herhalten, selbst die traurige Tatsache, daß es noch Tausende von unglücklichen Schwerverwundeten aus der Kriegszeit her in Lazaretten gibt. Dabei springt allerdings gleich die Tatsache in die Augen, daß diese bedauernswerten Menschen ihr Unglück nicht der Revolution, sondern dem Krieg und den alldeutschen Kriegsherrn zuschreiben haben. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat nun einem dieser Bedauernswerten ein paar Zeilen abgepreßt und diese wahrscheinlich selber in einem schamigen Angriff gegen die Sozialdemokratie umfrisiert, so daß sie lauten:

Tausende von uns sind noch heute in den Lazaretten. Ich denke noch öfters an die goldenen Krostomorte aus den Revolutionsreden von Herrn Scheidemann und anderen Herren. Im vorigen Jahre wurden Geldspenden und Liebesgaben gesammelt für die Befreier Berlins und feste gefeiert, für das Lazarettelend war nichts mehr da. Kein Krieg, kein Revolutionsgewinnler hat für uns etwas übrig. Das ist der Dank und der Revolutionsseggen. Ist dieses System nicht echt sozialdemokratisch?

Dem bedauernswerten Schreiber dieser Zeilen muß zunächst gesagt werden, daß er die gefühllosen reichen Leute an einer Stelle sucht, wo sie nicht zu finden sind. Die Geldprogen, die sich sehr wohl der Verwundeten annehmen könnten, aber sie teilnahmslos vergessen haben, sind nicht Mitglieder der Sozialdemokratie, dagegen dürften sie bei den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei in diesen Häufen zu finden sein. Aber diese schwerreichen „nationalen“ Männer, Großindustrielle und Großagrarien, brauchen ihr Geld für andere Zwecke: sie müssen nämlich die Presse für ihre Politik aufkaufen, antisemitische Propaganda treiben, Putsche vorbereiten, meuterische Truppen bezahlen, da bleibt für Liebesgaben nichts übrig.

Aber noch ein anderes scheint der Schreiber der Zeilen nicht zu wissen: daß durch die republikanische Regierung unter hervorragender Mitwirkung der Sozialdemokratie soeben das neue Versorgungs-gesetz fertiggestellt wurde, durch das die Lage der Kriegsbefähigten und Kriegshinterbliebenen eine ganz gewaltige Verbesserung erfährt. Schon vordem hatte die Republik die ganz ungenügenden Bestimmungen des alten Mannschaftsversorgungsgesetzes durch eine ganze Reihe von Verordnungen ergänzt und verbessert.

Solange dagegen die alte kaiserliche Regierung bestand, waren alle Bemühungen der Kriegsbefähigten, auch nur die bescheidenste Milderung des Mannschaftsversorgungsgesetzes herbeizuführen, vollkommen vergeblich. Das Gesetz blieb unter dem alten System in seiner ganzen unsozialen Härte aufrechterhalten, und seine vollkommen ungenügenden Leistungen wurden nicht um einen Pfennig erhöht.

Die Kriegsbefähigten mögen danach beurteilen, wer sich ihrer angenommen hat und wer nicht!

## Soldat und Wahlrecht.

Nach dem Reichswahlgesetz ruht das Wahlrecht der Soldaten während der Dauer der Zugehörigkeit zur Wehrmacht. Zur Wehrmacht gehört nur die vorläufige Reichsmarine und die vorläufige Reichsmarine. Zu den Soldaten der Wehrmacht zählen die Mannschaften, die Unteroffiziere, die Dozenten und die Offiziere einschließlich der Sanität, Veterinär-, Zeug- und Feuerwerkeroffiziere, dagegen nicht die Militärbeamten. Angehörige der Sicherheitspolizei sind Landesbeamte und keine Soldaten der Wehrmacht, also wahlberechtigt. Angehörige des alten Heeres und der früheren Marine, die sich noch in Lazaretten befinden, zählen nicht zu den Soldaten der Wehrmacht, es sei denn, daß sie zur Reichswehr oder zur Reichsmarine übergetreten sind. Das gleiche trifft bei den erst jüngst aus dem Auslande zurückgekehrten und noch in Sammellagern untergebrachten Kriegsgefangenen zu. Auch Angehörige der Abwidlungsdienstes und des Heimkehrdienstes gehören nicht zur neuen Wehrmacht, ebenso wenig die Angehörigen des Reichswasserfliegerwesens. Alle diese Personen sind daher wahlberechtigt und in die Wählerlisten aufzunehmen.

wirken, daß den Beamtenfragen mehr Verständnis entgegengebracht und jede mögliche Förderung geleistet werde. Alle Diskussionsredner haben die Verdienste hervor, die die S. P. D. in der kurzen Zeit ihrer verantwortlichen Regierungstätigkeit gerade an der Besserstellung der Beamtenkategorien hat; wenn die Befol-dungsreform verschleppt wurde, sind Kapp-Lüttich und die Deutschnationale Volkspartei daran schuld. Die Beamten werden aufgefodert, am 6. Juni dieser Partei die Lüttichung dafür auszusprechen. Wenn jeder sich bemüht, das abstoßende Wort: „Kapp-Revolution“ aus dem Sprachschatz der Partei auszumerzen, werden sich auch die Beamten um unsere Fahne scharen und ihren Dank stiften.

In einer persönlichen Bemerkung stellt Westphal fest, daß seine Ausführungen sagen sollten: wir sollen mit Soldaten in gesellschaftlicher Weise politisieren. — Thomas legt Erfüllung der Wünsche in bezug auf das „Mittelstandsblatt“ zu und bietet die Delegierten ein ständiges Mitarbeiter. Im Schlusswort geht Ritter (Parteivorstand) auf die dreistündige Debatte näher ein. Der Beamte soll in der Republik nicht nur Objekt sein, sondern Subjekt. Es mag schon richtig sein, daß unter den Beamten wenig Reizung für Politik zu finden ist, wir müssen diese Schicht dann eben politisch erziehen. (Zusammenfassung.) Das Wahlgesetz stellt den Beamten näher in den Vordergrund als ehemals. Die Erziehung des Heeres zur Politik ist doch auch eine Frage der Volksschule. (Sehr richtig!) Wir wissen von uns selbst, wie lange wir an uns arbeiten müssen, um in das Rahment der Staatsmaschinerie einzudringen. Die Einführung der Staatsbürgerkunde wird in nächster Zeit Wandel schaffen. Die Sozialdemokratie legt Wert nicht auf explosive Handlungen und Experimente, sondern auf organische, demokratische und sozialistische Entwicklungsmöglichkeit. (Zusammenfassung.) Der neue Reichstag muß eine Neuregelung des Genossenschaftswesens vornehmen. Auch in der Sozialpolitik muß ein neuer Reichstag angelegt werden. Redner weist an einigen Beispielen aus dem Individualitätsgesetz dies überzeugend nach. Unsere Zentrale lang genug viel tun, aber der lebendige Teil muß von außen kommen, von den Mitgliedern selbst. Der Beamte, der uns heute noch fremd gegenübersteht, kann nicht durchweg als nicht zu gewinnen bezeichnet werden. Er will erst ahnen, ob die Republik sich konsolidiert; so herrscht in der Regel der alte Beamte, nicht so der jüngere, hier haben wir ein ausfuchtsreiches Refraktions-gesetz. Eine Liebesbrüder der Kluft zwischen Kopf- und Handarbeiter muß möglich werden. Treten Sie für unsere Forderungen in den Wahlkampf ein und kämpfen wir dafür! (Bravo!) — Westphal (Bielefeld) dankt dem Vorstand für die Einberufung der Konferenz und die Delegierten verabschieden sich in dem Wunsch frohen Wiedersehens.

## Revolutionserinnerungen.

Die „rote Fahne“ tramt zwei niedliche Revolutionserinnerungen aus. Zunächst einen Aufruf des jetzigen württembergischen Antiparlamentariers Otto Kühle, der am 10. November 1918 angeklagt hat „Sofort Neuwahlen auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts für Männer und Frauen auszusprechen.“ 2. Die Feindschaft gegen das gleiche Wahlrecht und die Begeisterung für die Kätebistatur habe: Unabhängige und Kommunisten erst erbeut, als die ersten Wahlen nicht die erhofften Erfolge brachten.

Sodann veröffentlicht die „rote Fahne“ ein von dem Vorsitzenden der U. S. V. Crispian mit unterzeichnetes Dank-schreiben an Wilhelm II. von Württemberg. Darin heißt es, die provisorische Regierung danke im Namen des Volkes dem Könige für seine Liebe zur Heimat und zum Volke und für seinen freiwilligen Verzicht, sowie für seine edlen und hilfreichen Werke der Nächstenliebe. Einem anständigen Menschen wie diesem württembergischen König gebühre ein solches Abschiedswort. Aber wenn Crispian nicht mitunterzeichnet hätte, sondern nur Reichs-sozialisten und Demokraten, wie würde dann wegen dieser „Hof-gängerei“ gegen uns getobt werden. Es ist doch gut, daß die U. S. V.-Leute eine zeitlang mitregiert haben.

## Wählt Traub in den Reichstag!

Ein Berliner Sonntagblätterchen, das sich in gänglicher Verleumdung seines Charakters „Der Aufrechte“ bezeichnet, glaubt auch zu der kommenden Wahl Stellung nehmen zu müssen. Es hat von der „Deutschnationalen Volkspartei“, in deren Dienst es steht, schnell gelernt und umwirbt die Frauen, die es doch, seiner Ueberzeugung nach, soviel man bei ihnen überhaupt von Ueberzeugung reden kann, ins Haus verbannen möchte, mit widerlichen Schmeicheleien. Was aber dem „Aufrechten“ am meisten am Herzen liegt, ist die Wahl des Herrn Traub und so höht er voller Ueberzeugung den Ruf aus: Traub muß in den Reichstag hinein! Zur Erreichung dieses hohen Zieles hält das Blättchen sogar die Begründung einer eigenen Partei für notwendig.

Traub's Verfolgung „trotz seiner parlamentarischen Un-verlethlichkeit“ bezeichnet der Artikelschreiber als einen Rechtsbruch und überficht hierbei nur, daß die Unverlethlichkeit ausschließlich für Angehörige der Deutschnationalen in Anspruch genommen wird. Wenn in dem Blatt ausgesprochen wird, daß sozialdemokratische Parteigeossen, die Hunderttausende von Wählern geräubi hätten, ein Freibrief erteilt worden sei, so bleibt das Blatt, aufrecht wie es ist, denn auch nur die Spur eines Wahrheitsbeweises hierfür schuldig. Damit kennzeichnet es sich als das, was es in den Augen eines jedes anständig denkenden Menschen — und hoffentlich auch einzelner Deutschnationaler — ist: als die Zeitschrift der Verherrlicher des Meineides, als Blatt des niedrigsten politischen Sumpfes, als Sammelplatz aller dorer, — die auf der stützlichen Höhe ihres Helms, des Herrn Traub angelangt sind.

Erzberger aufgeheißt! Der württembergische Gen-trumsparteitag stellte Erzberger mit 356 gegen 27 Stimmen bei drei Enthaltungen wieder als Reichstagskandidaten auf.

Graf Posaehwsky, von dem ursprünglich gemeldet wurde, daß er nicht zum neuen Reichstag kandidieren wolle, hat sich nun doch von den Deutschnationalen, und zwar auf deren Reichs-liste an hervorragender Stelle aufstellen lassen.

Um von sich reden zu machen, zeigt die „Großdeutsche Freiheitspartei“, ein antisemitisch-allemdisches Gebilde extremer Art der Welt an, daß sie von der Auffstellung eigener Kandidaturen absehe, weil sie ihre Organisation „noch nicht genügend ausgebaut“ habe. Wenigstens einmal ein paar Aßbeute, die offen gestehen, feinerer Wahlansichten zu haben.

„Der Arbeiter“, Freudestrassend bringt die „Deutsche Tageszeitung“ die Siegesmeldung, daß in Stepiak (Hinterpommern) ein Sozialdemokrat zur Deutschnationalen Partei übergelaufen sei, Heberschritt: „Der Arbeiter macht auf“. Das Agrarierorgan hat recht, hier die Einzeln „Der Arbeiter“ zu sehen, denn bis zur Wahl dürfte die „Deutsche Tageszeitung“ schwerlich noch einen zweiten Ueberläufer finden, der die Reichszahl „Die Arbeiter“ rechtfertigen würde!

## Der Kampf gegen die Sicherheitspolizei.

Von unabhängiger Seite wird der „Dena“ folgendes geschrieben: Der Kampf der rechtsstehenden Zeitungen gegen die Sicherheitspolizei nimmt immer schärfere Formen an. In der ganzen Art liegt System. Ist es auch Wahnwitz, hat es doch Methode.“ Es ist folgendes in aller Offenheit festzustellen: 1. Einzelne, infolge des Kapp-Putsches aus der Sicherheitspolizei entlassene Beamte verüben bewußt, den Wert der Beamtenchaft, der sie bis vor kurzem selbst noch angehört, herabzusetzen und lassen ihren Groß an ihr aus. Bestimmte Namen sind einwandfrei festgesetzt. 2. Gewisse Reichswehrangehörige wollen ihre Unentbehrlichkeit in höchsten Stellen beweisen und auf Auflösung der Sicherheitspolizei drängen. 3. Die ganz rechtsstehenden Kreise wollen diejenigen Teile der Reichswehr und Sicherheitsorgane halten, die ihnen genehm sind. Dazu gehört die Sicherheitspolizei allerdings nicht.

Die unabhängigen Stellen stehen dafür ein, daß die Sicherheits-polizei unmittelbar und fest hinter der Regierung steht. — auch gegen links — und daß derartige Veruche, die Disziplin in der Beamtenchaft, auf die von allen maßgebenden Stellen immer wieder hingewiesen wird, zu untergraben, abzuwaschen müssen. Die Beamtenchaft der Sicherheitspolizei hat sich verpflichtet, gegen jeden vorzugehen, auch gegen die radikalen Linken, der es wagt, die Ruhe, Ordnung und Sicherheit zu stören, ohne die an eine Ge-sundung unseres Volkslebens nicht zu denken ist. Sie wird trotz aller derartigen Anfeindungen ihrer Pflicht sich jederzeit bewußt bleiben. Die „Deutsche Zeitung“ und alle anderen Organe, die sich anheimelnd den Kampf gegen die Sicherheitspolizei auf ihre Fahne geschrieben haben, müssen sich gelagt sein lassen: „Wenn die Sicherheitspolizei von ganz links und ganz rechts so angegriffen und heruntergezogen wird, dann ist sie auf dem richtigen Wege. Die beiden extremen Pole arbeiten sich auch hier wieder gegenseitig in die Hände.“

## Die Entfernung der Minen.

Von maßgebender Seite erfahren wir, daß die vom 6. See-schiffahrtstage in Bremen gewählte Kommission zur Aufnahme von Verhandlungen wegen beschleunigter Minenentfernung ihre Arbeiten so beschleunigt hat, daß sie bereits in Vorberhandlungen mit den Vertretern der Reichsmarine eintreten konnte. Bei dieser Gelegen-heit übergab die Kommission der Marine wunschgemäß schriftlich formulierte positive Anregungen, welche als Grundlage für weitere Verhandlungen mit der Reichsregierung dienen sollen.



# Gewerkschaftsbewegung

## Vor dem Ausbruch des Bankbeamtenstreiks.

Am gestrigen Freitagnachmittag fanden im Reichsarbeitsministerium die letzten Einigungsverhandlungen über die vom Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten an die Arbeitgeber gerichteten Forderungen statt. Die Forderungen waren im Anschluß an das Scheitern der Verhandlungen über den Reichstarif eingebracht worden. Es war eine Abgeltungssumme für die Zeit vom 1. Januar bis 1. Mai gefordert, und zwar 3300 Mark für Verheiratete, 2700 M. für Ledige und 1200 M. für Lehrlinge. Bis zum Inkrafttreten des neuen Reichstarifes war ein Viertel der genannten Summen als monatlicher Zuschlag zum bisherigen Gehalt gefordert. Für die Angestellten im besetzten Gebiet wurde außerdem ein 30prozentiger Aufschlag verlangt.

Zu Beginn der Verhandlungen richtete Marx an die Arbeitgeber die Anfrage, wie sie sich zu den Forderungen des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten stellen. Für die Arbeitgeber erklärte Dr. Gampff, der Reichsverband der Bankleitungen, sei ebenfalls auf dem Boden des Abschlusses eines Reichstarifes. Er sei bereit, über die Erhöhung der laufenden Teuerungszulagen nach Abschluß von Erhebungen über die Preisgestaltung zu verhandeln. Vorbedingung sei jedoch, daß erst sämtliche Streiks abgebrochen werden. Eine Abgeltungssumme, wie sie gefordert werde, oder eine Wirtschaftshilfe sei völlig indiskutabel und müsse abgelehnt werden. Für den Allgemeinen Verband der Bankbeamten erklärte hierauf Marx, daß der Verband bereit sei, die im Ausnahmefall befindliche Kollegenschaft am Montag in die Betriebe zurückzuführen, sofern die Arbeitgeber die Streiks als nicht eingetreten betrachten, d. h. die Streiktage bezahlen, keine Mahnregelungen vornehmen und die Verbandsforderungen akzeptieren. Demgegenüber erklärten die Arbeitgeber, daß dies völlig unannehmbar sei. Sie wurden des Weiteren gefragt, wie hoch sie sich die Teuerungszulagen denken, die sie zu zahlen bereit seien. Eine Antwort hierauf gaben die Arbeitgeber indessen nicht.

Als Antwort auf das „Unannehmbar“ der Unternehmer, erklärte Marx, daß die Angestelltenvertreter nunmehr die Verhandlungen abbrechen müßten. Der unparteiische Vorsitzende, Geheimrat Wulff, griff daraufhin ein und bot die Verhandlungsleiter, die Verhandlung nicht zu verlassen. Er erteilte sodann Herrn Fürstenberg vom Deutschen Bankbeamtenverein das Wort. Fürstenberg bezeichnete die Ausführungen der Arbeitgeber als eine Provokation der Bankbeamten. Wenn der Arbeitgeberverband durchaus den Kampf wolle, dann sei auch der Deutsche Bankbeamtenverein bereit, ihn aufzunehmen. Nachdem Reichmann vom Allgemeinen Verband der Ausführenden der Arbeitgebervertreter entgegengetreten war, zog sich der Vorsitzende mit den Arbeitgebervertretern zurück, um mit ihnen über Vorschläge für eine Neuanknüpfung der Verhandlungen zu beraten. Diese Beratung währte über dreiviertel Stunden. Nach der Rückkehr in das Verhandlungszimmer sah sich der Vorsitzende genötigt, bekanntzugeben, daß die Verhandlungen ergebnislos verlaufen seien.

Durch das Scheitern der Verhandlungen ist die Lohnbewegung bei den Großbanken in ein kritisches Stadium gerückt. Nach den bisherigen Vorgängen besteht kein Zweifel mehr darüber, daß die Berliner Bankbeamten sich jezt der letzten Verhandlungsmöglichkeit beraubt sehen und in den Streik eintreten werden. Zur Beratung der zu ergreifenden Schritte wird am heutigen Sonnabendvormittag eine gemeinsame Vorstandssitzung der Vorstände des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten und des Deutschen Bankbeamtenvereins stattfinden. Am Nachmittag, um 3 1/2 Uhr, wird sich sodann die Berliner Bankbeamten in der Ballhaus am Weinbergsweg zu der über den Streik entscheidenden Versammlung zusammenfinden.

### Zum Streik im Friseurgewerbe.

Am gestrigen Freitag nachmittag betrug die Zahl der streikenden Friseurgehilfen und -gehilfinen nach Mitteilung der Streikleitung über 3400, das sind etwa 75-80 Proz. Gestern nachmittag hat in der Brauerei Köpenick eine Versammlung der Streikenden stattgefunden, in der beschlossen wurde, an den neuesten Forderungen: Wochenlöhne von 180 und 190 M. — festzuhalten. Im Anschluß an die Versammlung fand ein Demonstrationszug nach dem Stadtinnern statt. Am heutigen Sonnabend werden seitens der Streikleitung etwa 40 Musiker und Friseurstuben in den verschiedensten Stadtteilen eröffnet. Die Räume sind von Arbeitgebern, die zur

Bevollmächtigung der von den Gehilfen erhobenen Forderungen bereit sind, zur Verfügung gestellt worden. Ein Musterbetrieb in großer Maßstäbe ist von der Streikleitung in der Niederwallstr. 11 eingerichtet worden.

### Streik bei der Firma Stille.

Das Verkäuferpersonal der Firma Georg Stille, die die große Mehrzahl der Berliner Bahnhofsbuchhandlungen besitzt, ist am Freitag nachmittag in einen Proteststreik eingetreten. Der Grund für den Ausbruch ist in Lohnunterschieden zu suchen.

### Teilstreik bei den Berliner Wäscheverleihgeschäften.

Am Mittwoch traten die Fahrer, nachdem eine Einigung nicht zu erzielen war, in den Streik. Während sämtliche Firmen daraufhin die Forderungen der Arbeiter anerkannten, weigert sich die Firma R. L. o. w. y., Eichendorffstr. 20, die geforderten Löhne zu zahlen. Die Firma sucht jezt durch die „Morgenpost“ Streikbrecher zu werben. Zugung ist fernzuhalten.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.

### Zur Lohnbewegung der Kinomusiker

Die „B. Z.“ veröffentlichte kürzlich einen Artikel, die Forderungen der Kinomusiker betreffend. Wie immer, so wird auch darin aufschauend die Höhe der Forderung der Kinomusiker herbeigehoben. Wie wenig der Verfasser des Artikels von der Not der Kinomusiker Kenntnis hat, beweisen folgende uns aus den Kreisen derselben gemachten Mitteilungen:

90 Proz. der Kinomusiker werden noch bei siebenstündiger Arbeitszeit mit einem Wochenlohn von 140 M., dazu noch eine Teuerungszulage von 25 M. (welche nach hartem Kampfe im März gnädigst gewährt wurde) abgepeist. Davon soll ein Familienvater seine Familie ernähren. Abgesehen davon, daß Kinomusik durch ihre anhaltende Dauer die schwerste ist, behaupten die Herren Kinobesitzer, daß die Forderungen unzulässig seien.

Ein Operateur erhält jezt wöchentlich bis 400 M. und eine Wirtschaftshilfe von 300 M. Der Musiker aber, der nach jahrelangem Studium sich emporgearbeitet hat und ständig üben muß, um auf der Höhe bleiben zu können, wird so bezahlt, daß er nicht imstande ist, seine Frau und Kinder zu ernähren. Nicht man von dem fargen Lohn noch das Sattengeld, Fahrgehalt usw. ab, so bleibt überhaupt nichts übrig. Dazu kommt noch die Kleidung, welche von einer solchen Bezahlung überhaupt nicht zu bestreiten ist.

Sollte dies die Errungenschaft des neuen Staatsdienstes sein, daß eine Frau gezwungen ist, mitzuarbeiten, um somit den häuslichen Pflichten entgegen zu werden? Früher wurden 6 Musiker beschäftigt, jezt sind es nur noch 2. Die Anforderungen an diese drei sind genau so groß und noch größer als die an die früheren sechs. Also auch hier nur reduziert, um den wuchernden Säckel füllen zu können.

Ein einzelner Fall wird ständig von den Herren Besitzern so aufgebauert, um der Allgemeinheit glauben zu machen, die Geschäfte hätten zu große Unkosten. In Wirklichkeit regnen die Geschäfte anders.

Die Not der Kinomusiker ist so groß, daß der Wochenlohn für viele Familien nicht zum Einkauf der rationierten Lebensmittel ausreicht. Eine Forderung von 400 M. monatlich erscheint daher noch zu gering anderen Angestellten gegenüber.

Zum allergrößten Leidwesen nützen sich die Beamtenmusiker in den Kinos immer mehr ein. Es wird höchste Zeit, daß sich der Demobilisationskommissioner einmal darum kümmert. Die Herren Beamten beziehen ihre festen Gehälter und es ist daher aufschärfste zu beurteilen, wenn sie den Berufsmusiker, der nur allein auf sein Gewerbe angewiesen ist, schädigen.

Sollte es zum ersten Kampfe kommen, so bitten die Kinomusiker die Allgemeinheit, sie darin zu unterstützen.

### Forderungen der arbeitslosen Gastwirtsgehilfen.

Eine am Freitagnachmittag abgehaltene Versammlung arbeitsloser Gastwirtsgehilfen, die von einer Kommission der Arbeitslosen einberufen war, protestierte dagegen, daß die öffentliche Erwerbslosenunterstützung mit der 26. Woche der Arbeitslosigkeit aufhören soll. Es wurde ausgeführt, daß die Arbeitslosigkeit im Gastwirtsgeerbe einen viel größeren Umfang habe wie in irgendeinem anderen Beruf. In Berlin seien 8800 Gastwirtsgehilfen arbeitslos. Vor allem müßten Maßnahmen getroffen werden, die geeignet seien, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen.

Die Kommission der Arbeitslosen machte folgende Vorschläge: Sofortige Einstellung arbeitsloser Kellner in solchen Betrieben, wo mindestens drei Kellner arbeiten, beziehungsweise bei größerer Personalzahl Wehreinsetzung auf Kosten der Angestellten. Sofortiger Zutritt einer Kommission, bestehend aus Vertretern der Arbeitslosen, der Behörden (Erwerbslosenfürsorge, Demobilisation, Magistrat) und Vertretern der Arbeitgeber zwecks schleuniger Feststellung von Maßnahmen, die schnellstens zur Abhilfe der Arbeitslosigkeit zu treffen sind.

Im Laufe der Diskussion wurde mehrfach die Forderung vertreten, daß der Arbeitsnachweis nur an gelernte Gastwirtsgehilfen

Arbeit vermitteln solle, so daß diejenigen, die nebenbei als Kellner tätig sind, ausgeschaltet werden.

Schröder von der Ortsverwaltung des Gastwirtsgehilfenverbandes erklärte sich mit dieser Forderung einverstanden und führte als Ursache der großen Arbeitslosigkeit an: Früher, als die Kellner keinen Lohn bekamen, konnte der Wirt an jeden Tisch einen Kellner stellen. Seit der tariflichen Einführung solcher Löhne sei die Zahl der beschäftigten Kellner erheblich eingeschränkt worden. Je höher der Lohn steigt, desto mehr Kleinbetriebe würden geschlossen werden, weil sie sich nicht mehr rentieren. Dazu komme, daß die sehr große Zahl von deutschen Kellnern, die vor dem Kriege in England, Frankreich usw. beschäftigt waren, jezt als Heberichsflüchtlinge in Deutschland weilen. Um die Arbeitslosigkeit möglichst einzuschränken, habe der Verband mit der holländischen Brudervereinigung ein von den Behörden gebilligtes Abkommen getroffen, wonach arbeitslose deutsche Kellner in Holland untergebracht werden und auf je vier derselben ein junger holländischer Kollege zu seiner Weiterbildung nach Deutschland kommt. Ferner habe sich der Verband an andere Gewerkschaften gewandt, um mit deren Hilfe Arbeitslose aus dem Gastwirtsgeerbe in anderen Berufen unterzubringen.

### Tarifverhandlungen im Versicherungsgewerbe.

Die seit dem 11. Mai tagenden Verhandlungen sind nicht am Donnerstag, sondern am Freitag zum Abschluß gekommen. Obgleich A. S. D. B., G. D. A. und G. R. A. Donnerstag bereits eine Vereinbarung unterzeichnet haben, gelang es uns, noch erhebliche Vorteile zu erwirken. Infolge Raum- und Zeitmangels beschränken wir uns heute nur auf diese kurze Mitteilung und verweisen des Näheren auf die heutige Abendausgabe, in der wir in genauen Ausführungen auf die Angelegenheit zurückkommen.

**Achtung, Buchbinder!** Die Stichwahlen zur Generalversammlung haben uns eine weitere Niederlage gebracht. Es wurden von unserer Seite die Kollegen Edel, Marau und Fuß, von der Opposition dagegen 14 gewählt. Die Zusammenkunft der Vertrauensleute der S. V. D. findet am Montag, den 17. cr., nachm. 6 Uhr, im Schultheißenhof, Neue Jakobstraße statt. Sämtliche Betriebe müssen vertreten sein.

**In die Besucher von Konditoreien und Gartenkolon.** Die unter vorstehender Ueberschrift veröffentlichte Notiz der Gastwirtsgehilfen ist, soweit sie Konditoreien betrifft, unzutreffend. Der angeführte Entschluß des Reichswirtschaftsministeriums betrifft nur das Gastwirtsgeerbe. Für Konditoreien ist die Entlohnung für das Bedienungspersonal soweit tariflich geregelt, daß unter Festsetzung eines garantierten Mindesteinkommens dasselbe befreit ist 10 Proz. Aufschlag zur Bege zu nehmen. Diese Form ist deshalb gewählt worden, damit nicht die Arbeitgeber, wie im Gastwirtsgeerbe bis zu 30 Proz. und mehr Aufschlag für Einföhrung der festen Entlohnung nehmen, und in Wirklichkeit das Personal nur einen geringen Bruchteil davon entfällt.

Zentralverband der Bäcker und Konditoren.

**Deutscher Bahnmeistertag.** Im großen Saal des Lehrerbereinshauses in Berlin hielt der Verband der deutschen Eisenbahnmeister den 20. Bahnmeistertag ab. In einer Entschöpfung wurde gefordert, daß die Bahnmeister der Reichseisenbahn (insgesamt 5400) bei den bevorstehenden Einstufungsverhandlungen in Klasse VII und mindestens 50 v. D. als Beförderungsklasse in Klasse VIII gebracht werden.

**Angestellte der chemischen Industrie.** In Anbündung des Verlaufs der Verhandlungen am 12. D. W. ersuchen wir in allen Betrieben sofort über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches in arbeiter Mitsprache einzuweisen zu lassen und die Resultate an das Ortssekretariat der K. A. Berlin SW. 61, Belle-Alliancestr. 7/10, zu senden.

**Deutscher Transportarbeiterverband.** Sonntag, den 16. Mai, nachmittags 9 1/2 Uhr, im Generalkonferenzsaal, Saal 1, Engelwiler 14/15: Branchensammlung des gesamten technischen Bahnpersonals. Tagesordnung: 1. Unsere wirtschaftliche Lage. 2. Branchenanliegenheiten.

**Deutscher Eisenbahnerverband, Ortsgruppe Groß-Berlin.** Montag, den 17. Mai, nachm. 5 Uhr, in den Prachtbuden Alt-Berlin, Blumenstr. 10: Funktionärsitzung. Mitgliedsbuch und Delegiertenkarte mitbringen. — Dienstag, den 18. Mai, nachm. 5 Uhr: Erweiterte Ortsverwaltung. — Dienstag, nachm. 6 Uhr: Dienstanfänger im Restaurant Fürstenhof, Köpenicker Str. 137. — Mittwoch, den 19. Mai, nachm. 6 Uhr: Versammlung der Bahnhöfe Wg. in der Anhaltischen Ressourcen, Köpenicker Str. 114. — Donnerstag, den 20. Mai, nachm. 6 Uhr: Vertrauensleute über Güterbodenarbeiter im Gewerkschaftshaus, Engelwiler 15, Hof rechts, Saal 11.

**Buchbinderverband.** Montag, den 17. Mai, abends 7 1/2 Uhr: Vertrauensmännerversammlung im Gewerkschaftshaus, vorn im Restaurant. Bericht über die Leipziger Verhandlungen für alle in den Buchbindereien, Buchdruckereien, Geschäftsbuchfabriken beschäftigten Buchbinder.

**Wetterausblick für das mittlere Norddeutschland bis Sonntag mittag.** Teilweise heiter, aber sehr veränderlich. In den Tagesstunden mäßig warm, im östlichen Küstengebiet verschiedentlich etwas Regen.

Verantwortl. für den redaktion. Teil: **Armin Hilfer**, Charlottenburg; für Anzeigen: **Th. Gluck**, Berlin. Verlag: **Vormärts-Berlin G. m. b. H.**, Berlin. Druck: **Vormärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co.**, Berlin, Lindenstr. 3, **Geran 1 Verlag.**

# Elegant, schick u. billig

sind die Angebote aus unserer wohlfeilen Abteilung

Der Verkauf dieser Waren geschieht nur, solange der Vorrat reicht!

**KOSTÜME**  
Backfisch-Stoffkostüm 158<sup>00</sup>  
Kostüm für Damen mit weissen Trausen besetzt 595<sup>00</sup> 795<sup>00</sup>  
Kostüm für Damen woll. Stoff, blau u. schwarz

**MÄNTEL**  
Damenmäntel aus kerter Stoff 128<sup>00</sup> 148<sup>00</sup>  
Mäntel Covercoat-Art 195<sup>00</sup> 265<sup>00</sup>  
Reisemäntel Covercoat-Art mit großem Kragen, abgest. u. Knopflehr 359<sup>00</sup> 375<sup>00</sup>  
Mäntel Impregniert, in verschieb. Farb. 295<sup>00</sup> 395<sup>00</sup>

**KLEIDER**  
Jugendliches Kleid 132<sup>00</sup>  
Frauenkleid dunkel, armuliert 149<sup>00</sup>  
Voile weiß mit Einfaßen und Seidenabsp. 195<sup>00</sup>

**BLUSEN**  
Baftisbluse 38<sup>00</sup> 49<sup>00</sup>  
Baftisbluse besetzt m. Pflau 79<sup>00</sup> 82<sup>00</sup>

In meiner Spezialabteilung für Kinderbekleidung sind ebenfalls außerordentlich billige Angebote vorhanden.

# Modehaus Friedländer

Berlin-Schöneberg, Hauptstraße 149